

Grenzüberschreitende politische Orientierungen Türkeistämmiger in Deutschland

1. Problemstellung

In Deutschland leben 2,8 Mio. Menschen mit Wurzeln in der Türkei.¹ Nach nationaler Herkunft handelt es sich damit noch immer um die größte Einwanderergruppe in der Bundesrepublik. Entsprechend – und aufgrund der vergleichsweise großen kulturellen Distanz zu den Deutschen – sind die Türkeistämmigen in der öffentlichen Debatte über viele Jahre hinweg problematisiert worden, insbesondere ihre gesellschaftliche »Integration« betreffend. Keine andere Einwanderergruppe ist zudem in vergleichbarem Umfang Gegenstand sozialwissenschaftlicher Forschung gewesen. Dabei standen gesellschaftliche Problemwahrnehmungen und Forschung in einer engen Wechselbeziehung, und es wurden Fragen der Sozialintegration – hier insbesondere des Bildungserfolgs und des Verhältnisses zur aufnehmenden Gesellschaft –, der Wertorientierungen und Devianz oder der Einbürgerungsneigung verhandelt. Im neuen Jahrtausend schienen die Türkeistämmigen zunächst von den Muslimen, einer nicht national, sondern religiös definierten Gruppe, abgelöst worden zu sein, die angesichts islamistisch begründeten Terrors nun als besondere Herausforderung gesehen wurde.²

In jüngster Zeit stehen nun aber wieder die Türkeistämmigen im Mittelpunkt der Debatten um das Gelingen von Einwandererintegration. Anlass war das zunehmend autoritäre Gebaren der türkischen Regierung und die daraus folgende Vertiefung der gesellschaftlichen Spaltung zwischen Konfessionen (Aleviten – Sunniten), Ethnien (Türken – Kurden) und Weltanschauungen (Laizisten/Säkulare – Religiöse), die auch in der türkeistämmigen Bevölkerung in Deutschland sichtbar wurde, verstärkt mit der Niederschlagung der Gezi-Protteste 2013, dem Ende des türkisch-kurdischen Friedensprozesses 2015 und der Auseinandersetzung über die Einführung des Präsidialsystems in der Türkei 2017. Zugleich ist die politische Partizipation in der Türkei aus dem Ausland in jüngerer Zeit maßgeblich erleichtert worden. War ab 1961 zunächst eine Stimmabgabe bei Wahlen nur an Grenzübergängen möglich, kann seit 2012 auch in den türkischen Konsulaten im Ausland gewählt werden. Damit folgt die Türkei einem globalen Trend. Die Zahl der Länder, die ihren im Ausland lebenden Bürger*innen die Teilnahme an heimischen Wahlen ermöglichen, wächst stetig.³

1 Statistisches Bundesamt 2017, Tabelle 2 I.

2 Vgl. Spielhaus 2013, S. 171.

3 IDEA 2007, S. III.

In der Folge wird befürchtet, dass Auseinandersetzungen über die zukünftige Entwicklung des Landes zwischen Türkeistämmigen im Ausland ausgetragen werden. Ebenso ist anzunehmen, dass die politischen Orientierungen, die in Wahlentscheidungen der Türk*innen in Deutschland zum Ausdruck kommen, nicht immer im Sinne eines demokratischen Konsenses pluraler westlicher Demokratien sind. Die Diskussion darüber ist in Deutschland weitreichend und beinhaltet auch die Frage, inwieweit das politische Engagement für Belange der Türkei im Allgemeinen und für den türkischen Staatspräsidenten Erdoğan und seine »Partei für Gerechtigkeit und Entwicklung« (AKP) im Besonderen Zeichen gesellschaftlicher Desintegration sind – ohne dass dabei, wie so oft, deutlich wird, wie Integration genau zu fassen wäre.

Im vorliegenden Artikel wird auf der Basis einer repräsentativen Befragung von erwachsenen Türkeistämmigen thematisiert, ob und inwiefern sich mit fortschreitender sozialer und politischer Integration in Deutschland die grenzüberschreitenden politischen Orientierungen verändern. Wir untersuchen, inwiefern sich »Integration« und das politische Interesse an der Türkei tatsächlich ausschließen. Dabei betrachten wir nicht nur das Vorhandensein transnationaler politischer Orientierungen (im Sinne politischen Interesses an der Türkei), sondern auch den Zusammenhang zwischen Integrationsaspekten und dem Zuspruch zu Erdoğans AKP. Mit unserem Beitrag zeigen wir, dass auch bei gelungener sozialer und politischer Integration zukünftig mit herkunftslandbezogenen politischen Interessen und Konflikten als Normalität zu rechnen ist.

2. Die öffentliche Debatte

Im Vorfeld der Abstimmung über die Verfassungsänderung in der Türkei zur Einführung des Präsidialsystems am 16. April 2017 gab es heftige politische Auseinandersetzungen über Auftrittsverbote türkischer Politiker*innen im Wahlkampf in Deutschland, die sich zu einer veritablen Belastung der bilateralen Beziehungen auswuchsen (siehe etwa die »Nazi-Vergleiche« durch den türkischen Staatspräsidenten Erdoğan). Entsprechend wurden im selben Jahr auch die hohen Zustimmungsraten (63 Prozent)⁴ zur Einführung des Präsidialsystems in der Türkei durch die Türk*innen in Deutschland (ähnlich hoch in Frankreich und Österreich) viel beachtet. In abgeschwächter Form entfachte diese Debatte nochmals anlässlich der Parlaments- und Präsidentschaftswahlen in der Türkei vom 24. Juni 2018, wobei aufgrund des nun konsequent durchgesetzten Auftrittsverbots für wahlkämpfende türkische Politiker*innen diese allerdings weniger ausuferte als ein Jahr zuvor. Allerdings stach im Vorfeld der Fußballweltmeisterschaft in Russland eine fotografisch festgehaltene Trikotübergabe der tuerkeistaemmigen deutschen Nationalspieler Mesut Özil und İlkay Gündoğan an Staatspräsident Erdoğan heraus, die von äußerst kritischen Reaktionen der deutschen Öffentlichkeit begleitet war und exemplarisch

4 Vgl. Ulusoy 2017, S. 4.

für die Vermischung der Themen Loyalität und Integration steht.⁵ Bei den Wahlen 2018 stimmten dann sogar 65 Prozent der türkischen Wähler*innen in Deutschland für die Präsidentschaft Erdogans.⁶

Stellvertretend für die in Deutschland geführte Integrationsdebatte sei hier ein Auszug aus einem Kommentar von Berthold Kohler in der Online-Ausgabe der *Frankfurter Allgemeinen Zeitung* vom 19. April 2017 zitiert, der unter dem Titel »Türken in Deutschland: Abschied von den Lebenslügen« erschienen ist:

»Man muss nicht steinalt sein, um sich daran erinnern zu können, dass im links-alternativen Lager, das bis in die SPD reichte, Integration mit (Zwangs-)Assimilation gleichgesetzt und die Ansicht vertreten wurde, türkische Kinder in Deutschland sollten »erst mal richtig Türkisch lernen«, bevor man sie mit dem Deutschen quäle. [...] Der größte Fehler der deutschen Integrationspolitik war es nicht, zu abweisend gewesen zu sein; sie war im Gegenteil zu großzügig und von einem falschen Verständnis von Toleranz geprägt. [...] Nationale und kulturelle Bindungen bestehen über Generationen hinweg und prägen politische Ansichten. Integrationsprozesse können, wie mitunter auch in Deutschland zu beobachten, rückwärts ablaufen. Schon die Zweidrittelmehrheit für Erdogan ist schmerzlich genug. Doch könnte es, wenn auch vielleicht erst in Jahren oder Jahrzehnten, zu weit schlimmeren Erfahrungen kommen, wenn die deutsche Politik die Lektionen, die ihr nicht erst an diesem Ostersonntag erteilt wurden, in der Flüchtlingsfrage ignoriert.«

Der sehr pointierte Beitrag ist schon in seinen Vorannahmen unzutreffend, wenn etwa unterstellt wird, die deutsche Integrationspolitik habe dem Erwerb der Muttersprache Vorzug vor dem Erlernen des Deutschen gegeben oder Integrationsprozesse liefen »rückwärts«. Das Gegenteil ist der Fall: Im Hinblick auf Bildungserfolg, gesellschaftliche Platzierung und Kontakte zur Aufnahmegesellschaft ist im intergenerationalen Wandel ein durchgreifender Aufholprozess zu verzeichnen, der unter den Türkeistämmigen – ausgehend von relativ schwierigen Startbedingungen – im Vergleich zu anderen Einwanderergruppen sogar besonders rasch abläuft.⁷ Auch unterschlägt die Argumentation die Wahlbeteiligung von nur 43 Prozent unter lediglich 1,4 Mio. Wahlberechtigten⁸ von insgesamt 2,8 Mio. Türkeistämmigen in Deutschland, womit sich nur eine Minderheit durch die Wahl als Erdogan-Anhänger*innen ausgewiesen hatte. Die Möglichkeit, dass die faktisch wachsende Bedeutung grenzüberschreitenden sozialen Handelns die Beurteilung von Einwandererintegration verkomplizieren könnte, wird ignoriert. Zugleich ist die Austragung herkunftslandbezogener politischer Auseinandersetzungen in Deutschland nicht neu, man denke nur an den Kurden-Konflikt zu Beginn der 1990er Jahre, der auch schon damals auf die Straße getragen wurde. Und nicht zuletzt könnte man, geht es um den demokratischen Konsens in Deutschland, auch andere Einwanderergruppen problematisieren, seien es Deutschruss*innen und die ihnen unterstellte Affinität zu rassistischen Einstellungen und Homophobie oder konservative Pol*innen mit Sympathien zur PiS-Partei. Politische Orientierungen werden hier aber, wenn überhaupt

5 Siehe zum Beispiel den Kommentar von Markus Decker in der Online-Ausgabe der *Berliner Zeitung* vom 15. Mai 2018 unter dem Titel »Özil und Gündogan schaden der Nationalmannschaft und der Integration«.

6 Vgl. Ulusoy 2018, S. 6.

7 Vgl. Hans 2010, S. 251–253.

8 Vgl. Ulusoy 2017, S. 4.

öffentlich thematisiert, kaum in Verbindung mit vermeintlicher sozialer Desintegration gebracht, und die entsprechenden Debatten sind vergleichsweise kurzlebig. Exemplarisch ist hier etwa der Aufruf der polnischen Regierung an die Auslands-pol*innen im Februar 2018 zu nennen, Botschaften und Konsulate über antipolnische Äußerungen in den Residenzländern zu informieren.⁹ Eine Debatte über den Integrationsstand der polenstämmigen Bevölkerung in Deutschland folgte hierauf nicht. Offenbar bedarf es hierzu einer besonderen Sensibilität aufgrund von kultureller und insbesondere religiöser Differenz der Fremdgruppe.¹⁰ Im Sinne von Bloemrad¹¹ scheint hier das Narrativ einer deutschen nationalen Identität durch die Kombination von religiös-kultureller Differenz und vermeintlich mangelnder Loyalität der türkeistämmigen Bevölkerung in besonderem Maße angegriffen.

Der FAZ-Kommentar ist, ungeachtet des polemischen Tonfalls, Ausdruck einer Verwirrung, die nicht allein den Autor betrifft, sondern weite Teile von Politik und Öffentlichkeit: Wie verhalten sich eigentlich Sozialintegration, Einbürgerung und wachsende politische Partizipationsmöglichkeiten in Deutschland zu grenzüberschreitenden politischen Orientierungen?

Zumindest in einer Hinsicht liegt der Kommentar von Berthold Kohler nicht falsch: Die Zustimmung zu Erdoğan unter den Auslandstürk*innen muss durchaus unter Verweis auf Spezifika der Wählergruppen und/oder Bedingungen in den Aufnahmeländern erklärt werden, denn die Ergebnisse des Verfassungsreferendums waren demnach sehr unterschiedlich: So lag unter den Türk*innen im Vereinigten Königreich die Zustimmung zur neuen Verfassung nur bei 20 Prozent (ähnlich in Russland und den USA) – bei zugleich geringerer Wählermobilisierung. Die Gruppe der Türkeistämmigen unterscheidet sich im Vereinigten Königreich wesentlich von den in Deutschland lebenden Türk*innen. Entstammen letztere zu großen Teilen eher gering qualifizierter Arbeitsmigration der 1960er und 1970er Jahre und vollziehen die Nachkommen erst verzögert einen wirtschaftlichen und Bildungsaufstieg, so kamen die Türk*innen im Vereinigten Königreich eher aus der Mittelschicht oder sind als Geflüchtete oder politisch Verfolgte eingewandert.¹² Deutschland und das Vereinigte Königreich unterscheiden sich laut MIPEX 2015¹³ hinsichtlich der politischen Partizipationsmöglichkeiten und der Bedingungen für den Erwerb der Staatsangehörigkeit faktisch nicht maßgeblich, insbesondere wird das deutsche Staatsangehörigkeitsrecht mittlerweile als liberaler eingeschätzt als das britische. Dessen ungeachtet besteht zumindest das Narrativ eines im Vereinigten Königreich besonders multikulturell ausgeprägten Modells mit der aktiven Förderung der Formulierung von politischen Interessen entlang ethnisch-kultureller Unterschiede.¹⁴

9 Spiegel online vom 15. Februar 2018.

10 Siehe auch Goerres et al. 2018 zur positiven Bewertung von Präsident Putin durch die Deutschruss*innen.

11 Vgl. Bloemrad 2015, S. 76.

12 Sirkeci 2017.

13 Der Migrant Integration Policy Index (MIPEX) aggregiert integrationspolitisch relevante Indikatoren für 38 Industrienationen. Dabei differenziert er acht Politikfelder.

14 Vgl. Lacroix 2012.

Damit könnte Erdoğan für die britischen Türk*innen insofern uninteressanter sein, als im Vereinigten Königreich Deprivationsgefühle und mangelnde politische Teilhabe im Aufnahmeland für den Auslandswahlkampf in geringerem Ausmaß instrumentalisiert werden konnten.

Vor einer Auseinandersetzung mit dem Zusammenhang von transnationalen politischen Orientierungen einerseits und sozialer und politischer Integration andererseits müssen zunächst einige (implizite) Annahmen der öffentlichen Debatte hinterfragt werden:

- Schließt die soziale Integration der Türkeistämmigen in Deutschland zwangsläufig auch die (ausschließliche) Identifikation mit dem Aufnahmeland ein?
- Die deutsche Staatsbürgerschaft ist eine wesentliche Voraussetzung für politische Partizipation. Erfolgt die Annahme der deutschen Staatsangehörigkeit im Zuge fortschreitender Sozialintegration und wachsender Identifikation mit Deutschland auf Kosten der Identifikation mit dem Herkunftsland?
- Sind grenzüberschreitende politische Orientierungen eine Folge mangelnder politischer Partizipationsmöglichkeiten oder fehlender Sozialintegration in Deutschland, im Sinne der Kompensation fehlender Chancen? Sind mit einem solchen Muster gegebenenfalls spezifische politische Präferenzen verbunden?

Eine Durchsicht des Forschungsstands ergibt diesbezüglich ein sehr differenziertes Bild.

3. Forschungsstand

Im Wesentlichen folgen die oben skizzierten Debatten nationalstaatlichen und damit assimilationistischen Paradigmen. Integrations- oder Desintegrationspotenziale, die mit Migration als originär grenzüberschreitendem Vorgang zu tun haben, werden durch die Öffentlichkeit weitgehend übersehen, während in der Migrationsforschung bereits seit dem »transnational turn« in den 1990er Jahren über Fragen des Verhältnisses von Migration, Entgrenzung und Integration nachgedacht wird. Allerdings nahmen Untersuchungen zu transnationalen Aktivitäten von Einwanderern zunächst Rücküberweisungen ins Herkunftsland in den Blick.¹⁵ Dabei wurden diese als Aufrechterhaltung der Rückkehroption interpretiert.¹⁶ Erst später¹⁷ wurden – zunächst für die USA – Rücküberweisungen unter der Annahme einer Vielzahl möglicher Funktionen und Motive im Sinne des langfristigen grenzüberschreitenden Engagements für das Herkunftsland betrachtet, womit ein Perspektivwechsel vollzogen wurde. Dementsprechend liegt auch diesem Text die Annahme zugrunde, dass soziales Handeln, speziell von Einwanderern, dauerhaft grenzüberschreitenden Charakter haben kann. Es geht dann nicht mehr um die Frage der Herkunft- oder Aufnahmelandorientierung, sondern um Mischformen, deren Konsequenzen für die

15 Siehe zum Beispiel Oser 1995 unter anderem für die Türkeistämmigen in Deutschland.

16 Vgl. ebd., S. 19.

17 Siehe Sana 2005.

(nationale) Sozialintegration nicht eindeutig zu modellieren sind.¹⁸ Folgend stellen wir den Forschungsstand bezüglich der im öffentlichen Diskurs unterstellten Zusammenhänge von Sozialintegration, Identifikation, Staatsangehörigkeit, politischen Partizipationsmöglichkeiten und grenzüberschreitenden politischen Orientierungen dar.

Die Bedeutung der *Identifikation* für die *Sozialintegration* ist relativ unumstritten, und zwar dahingehend, dass sich Sozialintegrationsprozesse als zunehmend von der Identitätsbildung unabhängig erweisen. Referenzrahmen vieler Arbeiten zur Sozialintegration von Einwanderern ist die Unterscheidung der Dimensionen Akkulturation, Platzierung, Interaktion und Identifikation durch Hartmut Esser.¹⁹ Sie beschreiben die wesentlichen Aspekte der individuellen gesellschaftlichen Eingliederung, also etwa den Spracherwerb und die formale Bildungsqualifikation, die Platzierung am Arbeitsmarkt und die Erlangung von gesellschaftlichem Status, Kontakte und Freundschaften und eben auch die (emotionale) Verbundenheit mit dem Aufnahmeland. Das Modell geht ursprünglich von einer linearen Abhängigkeit der Dimensionen aus: Akkulturation ermögliche Platzierung, welche wiederum zu sozialer Interaktion führe, aus der sich dann die Identifikation ergebe. Im intergenerationalen Wandel führen Wechselwirkungen zwischen diesen Bereichen zur immer weiter gehenden gesellschaftlichen Eingliederung, so die Annahme.²⁰

Die Beurteilung dieses handlungstheoretisch argumentierenden Modells der Sozialintegration durch die empirische Forschung ist ambivalent. Einerseits bleiben bedeutende gesellschaftliche Rahmenbedingungen unberücksichtigt, wie zum Beispiel strukturelle und interaktionale Diskriminierung, sozialräumliche Einflüsse, Wirtschaftsentwicklung, aber auch grenzüberschreitende Lebensweisen und Mehrfachidentitäten.²¹ Andererseits zeigen makrosoziologische empirische Studien, dass das Modell den Integrationsverlauf im Wesentlichen zu beschreiben vermag und die Annahmen Essers über den Zusammenhang der Integrationsbereiche grundsätzlich zutreffen.²² Dennoch ist die Entwicklung eines, wie Ludger Pries²³ es formuliert, »dynamischen, integrierten und transnationalen Mobilitäts- und Teilhabemodells« anstelle des handlungsorientierten Modells notwendig. Dafür gibt es verschiedene Gründe: Zum einen können der Sozialintegration individuell nicht beeinflussbare, strukturelle Platzierungshürden entgegenstehen; zum anderen kann der Entwick-

18 Beiträge zur transnationalen politischen Orientierung von Einwanderern allgemein oder speziell Türkeistämmigen in Deutschland sind dabei selten, im Gegensatz zu Arbeiten zu Partizipation, Parteienpräferenzen und Wahlverhalten im Aufnahmeland (zu letzterem siehe Hunger, Candan 2009; Kroh, Tucci 2009; Schönwälder et al. 2011; Müssig, Worbs 2012; Wittliff, Litta 2016; Wüst, Faas 2018).

19 Vgl. Esser 2001.

20 Ebd., S. 10.

21 Siehe zu einem knappen Überblick über diese Diskussion Halm, Sauer 2017, S. 24–27.

22 Siehe zum Beispiel Esser 2009 und Hans 2010 für die großen Einwanderergruppen in der Bundesrepublik, Halm, Sauer 2017 für Muslime in Europa sowie Sauer, Halm 2009 für die Türkeistämmigen in Deutschland.

23 Pries 2015, S. 32.

lung einer exklusiv auf das Aufnahmeland gerichteten Identität – entsprechend derjenigen von autochthonen Mitgliedern der Aufnahmegesellschaft – (zunächst) eine eher untergeordnete Rolle zukommen; Herkunftslandidentitäten können beibehalten oder modifiziert werden.²⁴ Unter den Türkeistämmigen in der Bundesrepublik scheinen erfolgreiche Sozialintegrationsprozesse in beträchtlichem Umfang in Mehrfachzugehörigkeiten zu münden und nicht zwangsläufig die exklusive Aufnahmelandorientierung zu stärken. Zugleich zeigen sich auch bei weniger erfolgreicher Sozialintegration Tendenzen zur Mehrfachidentität.²⁵ Diese Beobachtung scheint auch für andere Einwanderergruppen in anderen Ländern zu gelten. Snel et al.²⁶ beispielsweise finden für die Niederlande keinen verallgemeinerbaren Zusammenhang zwischen der Identifikation mit dem Herkunftsland und der Sozialintegration bei unterschiedlichen Einwanderergruppen; allerdings weisen sie bei Einwanderergruppen mit besonders schlechter Arbeitsmarktplatzierung (Marokko, Antillen) eine vergleichsweise starke Identifikation mit dem Herkunftsland nach.

Insgesamt ergibt sich ein Bild, in dem transnationale Einflüsse nationale Mechanismen der Einwandererintegration nicht durchgreifend konterkarieren. Zwar gilt Peggy Levitt²⁷ zufolge, dass individuelles Handeln von Einwanderern nicht ohne ihre Einbettung in grenzüberschreitende Lebenswelten verstanden werden kann und es anderen Möglichkeiten und auch Zwängen unterliegt als das von »Einheimischen«. Allerdings existieren keine gleichwertigen transnationalen Kulturations-, Platzierungs- und Kontaktalternativen, die in Konkurrenz zur nationalen Sozialintegration treten können. Für die Identifikation scheint das indessen sehr wohl zu gelten. Hier bieten sich auch alternative Identitäten und Zugehörigkeiten an, die aufnahmegesellschaftliche Teilhabe nicht ausschließen. Hiermit korrespondiert die Überlegung von Hans,²⁸ dass unterschiedliche Dimensionen der Sozialintegration in unterschiedlichem Umfang Mehrfachintegration zulassen: Eine gleichzeitige Arbeitsmarktorientierung auf Deutschland und die Türkei ist wenig realistisch, die Identifikation mit Deutschland und der Türkei hingegen ist »additiv« zu verwirklichen.

Bei der Frage nach den Einflüssen auf grenzüberschreitende politische Orientierungen von Einwanderern sollten daher die Identität und die anderen Dimensionen der Sozialintegration getrennt betrachtet werden. Wenn wir also im Folgenden von Sozialintegration sprechen, beziehen wir uns auf die Prozesse der Akkulturation, Platzierung und Interaktion, wohingegen wir die Identifikation separat berücksichtigen. In diesem Zusammenhang können Mehrfachidentitäten eine Grundlage für langfristig vorhandene grenzüberschreitende politische Orientierungen sein, die nicht in Verbindung mit dem Sozialintegrationserfolg stehen.

24 Vgl. Hans 2010, S. 202–203.

25 Vgl. Sauer, Halm 2009, S. 120; Fick et al. 2014, S. 97.

26 Snel et al. 2006, S. 285.

27 Levitt 2001, S. 197.

28 Hans 2010, S. 69–70.

Auch hinsichtlich des Verhältnisses von *Sozialintegration/Identifikation* einerseits und *Einbürgerung* andererseits ist die Tendenz in der empirischen Forschung länderübergreifend recht eindeutig: Fortschreitende Sozialintegration begünstigt den Erwerb der Staatsbürgerschaft des Ankunftslands, selbstverständlich in Abhängigkeit vom jeweiligen Staatsangehörigkeitsregime. In Deutschland wurden in jüngerer Zeit mehrere empirische Studien zum Einbürgerungsverhalten infolge der erleichterten Einbürgerung seit dem Jahr 2000 und der daran anschließenden Diskussion um die doppelte Staatsangehörigkeit durchgeführt.²⁹ Diese Studien leisten jeweils auch eine Übersicht des Forschungsstands zum Zusammenhang von Sozialintegration und Einbürgerung, wobei für Deutschland die Arbeit von Salentin und Wilkening³⁰ als wichtige Referenzstudie herausgestellt wird. Der von ihnen beschriebene Zusammenhang zwischen besseren Sozialintegrationsbilanzen und der Annahme der deutschen Staatsangehörigkeit bestätigt sich in den drei jüngeren Studien zehn Jahre später. Dabei erweist sich beim Einbezug einer Längsschnittperspektive die Sozialintegration eher als Voraussetzung für die Einbürgerungsneigung als umgekehrt.³¹ Konsens der drei Studien ist, dass insbesondere eine höhere Akkulturation die Einbürgerungsneigung begünstigt, während die Platzierung und Interaktion in den Studien unterschiedlich stark wirken.³² Auch im Rahmen einer länderübergreifend vergleichenden Arbeit zu Sozialintegration und Einbürgerung Türkeistämmiger in Europa zeigt sich die Bedeutung der Akkulturation für die Einbürgerung als am ehesten relevante Sozialintegrationsdimension.³³ Möglicherweise begünstigt eine bessere Akkulturation schlicht pragmatische Entscheidungen, indem praktische Vor- und Nachteile gründlicher abgewogen werden.

Die Rolle der Identifikation im Entscheidungsprozess der Einbürgerung gestaltet sich erwartungsgemäß kompliziert. Man kann die drei Studien diesbezüglich wie folgt zusammenfassen: Die Verbundenheit mit Deutschland hängt mit der Einbürgerung zusammen³⁴ oder ist sogar Voraussetzung.³⁵ Sehr häufig aber sind – bei Eingebürgerten wie Nicht-Eingebürgerten – Mehrfachidentitäten anzutreffen: Trotz der Verbundenheit mit Deutschland bleibt eine Verbundenheit mit der Türkei bestehen. Zugleich folgt aus der Einbürgerung nicht zwingend ein Kontinuum in Richtung einer immer stärkeren Identifikation mit Deutschland – trotz des nachgewiesenen positiven Zusammenhangs zwischen Identifikation und Einbürgerung³⁶ kann auch das Gegenteil eintreten und bei Eingebürgerten die Verbundenheit mit Deutschland schwinden, was auf psychologische Mechanismen, wie Diskriminie-

29 Siehe Maehler 2012; Weinmann et al. 2012; Sauer 2013.

30 Salentin, Wilkening 2003.

31 Vgl. Maehler 2012, S. 253.

32 Vgl. ebd., S. 273; Weinmann et al. 2012, S. 356–358; Sauer 2013, S. 33–34.

33 Vgl. Ersanilli, Koopmans 2010, S. 783–785.

34 Weinmann et al. 2012, S. 161; Sauer 2013, S. 4.

35 Maehler 2012, S. 253.

36 Ersanilli, Koopmans 2010, S. 83.

rungswahrnehmung und Ähnliches, zurückzuführen ist.³⁷ Das Verbundenheitsgefühl allein ist nur selten ein Grund für die Einbürgerungsentscheidung; vielmehr spielen hier pragmatische und rechtliche Motive die Hauptrolle.³⁸ Die Identifikation mit Deutschland begünstigt die Einbürgerung, eine gleichzeitige Identifikation mit dem Herkunftsland kann sie aber auch verhindern, wenn damit die Aufgabe des alten Passes verbunden ist. Damit lässt sich aus den Studien eine klare Empfehlung zur Ermöglichung der doppelten Staatsangehörigkeit ableiten, sofern es um das Ziel der Einbürgerungsförderung geht. Für die Schweiz zeigt Schlenker,³⁹ dass sich Personen mit doppelter Staatsangehörigkeit nicht weniger mit der Schweiz identifizieren als Migrant*innen mit ausschließlich Schweizer Pass, wodurch diese Empfehlung nochmals unterstrichen wird.

Auch wenn Sozialintegration und die Identifikation mit dem Aufnahmeland die Einbürgerung fördern, folgt aus der Einbürgerung nicht zwingend eine nachlassende Verbundenheit mit dem Herkunftsland. Die Frage nach grenzüberschreitenden politischen Orientierungen von Einwanderern stellt sich damit grundsätzlich unabhängig von der Staatsangehörigkeit.

Bezüglich der *politischen Partizipationsmöglichkeiten*, also der gesellschaftlich-strukturellen Voraussetzungen für politische Beteiligung, weist der Forschungsstand auf Einflüsse der gesellschaftlichen Mesoebene hin, also auf die politische Interessenartikulation von Organisationen. Im Fall der politischen Partizipation von Einwanderern kommt Migrantenorganisationen eine besondere Bedeutung zu. Koopmans und Statham⁴⁰ folgern auf Grundlage der Analyse der Interessenartikulation von Migrantenorganisationen in Deutschland, Großbritannien und den Niederlanden, dass diese letztendlich eine abhängige Variable der nationalen politischen Beteiligungsmöglichkeiten ist, gemessen am Staatsangehörigkeitsregime, aber auch am Vorhandensein multikultureller Politik, die die Interessenartikulation entlang ethnisch-kultureller Differenz ermöglicht. Je geringer die Beteiligungsmöglichkeiten im Aufnahmeland sind, desto stärker ist die transnationale Orientierung der Interessenartikulation. Zieht man nun aber die Entwicklung hin zur Mehrfachidentifikation ins Kalkül, so erscheinen diese Zusammenhänge differenzierungsbedürftig. Wenn unabhängig von Einbürgerung und Teilhabe Interessen am und im Herkunftsland bestehen, so ist davon auszugehen, dass diese auch von Organisationen adressiert werden. Zugleich unterliegt die Interessenartikulation durch die Organisationen weiteren Einflüssen. Dabei erweisen sich die politischen Möglichkeiten im Ankunftsland zwar als sehr bedeutend, aber nicht als allein entscheidend.⁴¹ Vielmehr spielen auch Akteure im Herkunftsland, grenzüberschreitende Abhängigkeiten der Organisationen, organisationssoziologische Aspekte, die Bindung an die Zielgruppe in unterschiedlichen Phasen der Organisationsentwicklung und noch

37 Vgl. Machler 2012, S. 254.

38 Vgl. Sauer 2013, S. 4.

39 Schlenker 2016, S. 536.

40 Koopmans, Statham 2003, S. 230–231.

41 Vgl. Pries et al. 2012; Halm, Söylemez 2017, S. 224–228.

vieles mehr eine Rolle für die Interessenartikulation.⁴² Damit bliebe bei gleichen nationalen politischen Rahmenbedingungen beträchtlicher Spielraum für die migrantische Interessenartikulation zwischen nationaler und transnationaler Orientierung.

Tendenziell ist davon auszugehen, dass Migrantenorganisationen mit der Anknüpfung an die Herkunft auch grenzüberschreitende Interessen adressieren.⁴³ Der Forschungsstand zeigt aber auch, dass ein genereller Zusammenhang zwischen eigenkultureller Organisationsangehörigkeit und politischem Interesse am Herkunftsland nicht angenommen werden kann und spezifische Bedingungen für die politische Mobilisierung ins Kalkül zu ziehen sind.⁴⁴ So zeigt sich zum Beispiel bei türkischen Organisationen in Deutschland infolge der Auseinandersetzung um die »Armenien-Resolution« des Deutschen Bundestags, die als Anerkennung der am armenischen Volk im Ersten Weltkrieg begangenen Verbrechen als Völkermord verstanden wurde, eine bemerkenswerte Aktivierbarkeit »türkischer« Interessen innerhalb der Organisationen.⁴⁵ Dies ist als Folge einer über Jahre aktiven Diaspora-Politik der Türkei zu interpretieren, die zwar nicht das gesamte Verbändefeld, aber doch einen großen Teil von Organisationen betrifft,⁴⁶ man denke etwa an die bedeutendste türkische Organisation in Deutschland, den Moscheenverband DİTİB, der eng mit dem türkischen Staat kooperiert.

Mit Blick auf die individuelle Sicht transnational politisch Engagierter ist zu fragen, ob ihr Engagement kompensatorischen Charakter hat – also anlog zu den Organisationen eine Präferenz für das Herkunftsland aus fehlenden Teilhabemöglichkeiten im Ankunftsland folgt. Tsuda⁴⁷ findet aufgrund einer Literaturdurchsicht empirische Argumente dafür und dagegen. Tendenziell scheint das politische Interesse am Ankunfts- oder am Herkunftsland aber eher kein »Nullsummenspiel« zu sein, sondern sich eher gegenseitig zu begünstigen beziehungsweise auf Sozialmerkmale wie den Bildungsstand zurückzuführen zu sein, die das politische Interesse allgemein stärken.⁴⁸

Bezüglich des Zusammenhangs von *Sozialintegration* und (bestimmten) *grenzüberschreitenden politischen Orientierungen* schließlich ist der Wissensstand uneinheitlich. Die diesbezügliche Forschung hatte ihren Ausgangspunkt in den Vereinigten Staaten, unter anderem in der Betrachtung der grenzüberschreitenden Aktivitäten der lateinamerikanischen Einwanderer. Tsuda⁴⁹ weist unter Bezug auf den amerikanischen Forschungsstand auf die Gleichzeitigkeit von Sozialintegration und transnationalen Orientierungen und Lebensweisen im Allgemeinen (nicht unbe-

42 Vgl. Halm, Söylemez 2017, S. 224–233.

43 Vgl. Blätte 2014, S. 241.

44 Vgl. Jacobs et al. 2006, S. 555.

45 Vgl. Halm, Söylemez 2017, S. 249–250.

46 Vgl. Østergaard-Nielsen 2003, S. 95–96.

47 Tsuda 2012, S. 638–639.

48 Siehe dazu auch die Literaturübersicht bei Mügge 2016, S. 117.

49 Tsuda 2012, S. 634.

dingt politischen Interessen) hin. Als transnationale politische Praktiken betrachten Guarnizo et al.⁵⁰ die Mitgliedschaft in Parteien des Herkunftslands und in grenzüberschreitenden Migrantenorganisationen sowie finanzielle Zuwendungen an Parteien oder Hilfsorganisationen und das Engagement in Wahlkämpfen des Herkunftslands.⁵¹ Hier zeigt sich, dass politisches Engagement in diesem Sinne eher von Personen mit einem hohen Maß an Bildungsressourcen und Sozialkapital und überwiegend von Männern (erklärt mit dem Fortwirken patriarchaler Strukturen) ausgeübt wird, dieses Engagement aber ein eher seltenes Phänomen ist, das zugleich bestehende politische Machtverhältnisse im Herkunftsland eher reproduziert als unterminiert.⁵² Die Ergebnisse sind vor dem Hintergrund zu sehen, dass die hier wirksam werdende Sozialintegration nicht zweifelsfrei einem rein nationalen Muster folgen muss, sondern auch grenzüberschreitend relevante Kompetenzen und Netzwerke in die Auswertung eingegangen sein können. Aber dessen ungeachtet verringern sowohl ein längerer Aufenthalt in den USA als auch die US-Staatsangehörigkeit das transnationale Engagement nicht.⁵³ Es handelt sich hier um eine Betrachtung von Personen mit eigener Wanderungserfahrung, nicht um ihre Nachkommen.

Für Ecuadorianer in Spanien und Italien (ebenfalls der ersten Einwanderergeneration) kommen Morales und Pilati zu teilweise abweichenden Ergebnissen und zu dem Schluss, dass grenzüberschreitendes politisches Engagement je nach (trans)nationalem Kontext und Einwanderergruppe und der damit im Zusammenhang stehenden eigenkulturellen Organisationslandschaft differenziert betrachtet werden muss.⁵⁴ Hier begünstigt ein kurzer Aufenthalt im Aufnahmeland das grenzüberschreitende politische Engagement, ebenso ist dies bei eher geringen politischen Beteiligungsmöglichkeiten im Aufnahmeland der Fall. Möglicherweise handelt es sich hier um eine andere Form transnationalen politischen Engagements als bei dem von Guarnizo et al.⁵⁵ für die USA identifizierten Muster.⁵⁶ Die Aktivierung des Engagements ist offenbar in hohem Maße kontextabhängig und variiert je nach politischen Opportunitätsstrukturen.⁵⁷ Grundsätzlich ist ein Rückgang transnationaler Orientierungen in den Nachfolgenerationen aufgrund größerer Distanz zum Herkunftsland zu erwarten.⁵⁸ Allerdings gibt es auch Hinweise, dass speziell die Nachfolgeneration Türkeistämmiger in Deutschland grenzüberschreitende Orientierungen aufrechterhält.⁵⁹ Dies wäre auch insofern nicht überraschend, als mit

50 Guarnizo et al. 2003.

51 Vgl. ebd., S. 1227.

52 Vgl. ebd., S. 1239.

53 Vgl. ebd., S. 1234.

54 Morales, Pilati 2014, S. 96.

55 Guarnizo et al. 2003.

56 Vgl. Morales, Pilati 2014, S. 91.

57 Ebd., S. 95–96.

58 Levitt 2001, S. 212.

59 Fick et al. 2014, S. 97.

wachsenden persönlichen Ressourcen, speziell Bildung und Erwerbsstatus, das politische Interesse allgemein – auch an deutscher Politik – zunehmen sollte.⁶⁰

Hinsichtlich der Inhalte politischer Orientierungen ist der Hinweis von Guarnizo et al.⁶¹ bemerkenswert, ein vorherrschendes Muster sei die Reproduktion von bestehenden Machtverhältnissen.

Mit Østergaard-Nielsen⁶² kann man argumentieren, dass, bezogen auf die Situation der Türkeistämmigen in Deutschland, das politische Engagement hoch kompetitiv und im Falle der Kurdischstämmigen die Diaspora eine wichtige Arena für politische Opposition sein kann. Sökefeld⁶³ zeigt dies auch für die in der Türkei verfolgte religiöse Minderheit der Aleviten.

Unter den wenigen Forschungen über das Wahlverhalten und zur Parteienpräferenz von Ausländer*innen bezogen auf die Herkunftsländer hat Lafleur⁶⁴ das transnationale Wahlverhalten von Bolivianer*innen und Italiener*innen im Ausland untersucht. Er identifiziert personenbezogene Faktoren wie die sozio-ökonomischen Lebensverhältnisse im Herkunfts- und im Aufnahmeland, Migrationsmotive, politische Grundhaltungen, grenzüberschreitende Einschätzungen und Wahrnehmungen, aber auch transnationale Parteienstrukturen und Meinungsbildner und konkrete Wahlmodi als bestimmende Faktoren. Zugleich kommt neuen und elektronischen Medien eine herausragende Rolle zu. Auch McIlwaine und Bermudez⁶⁵ untersuchen transnationales Wahlverhalten am Beispiel der Kolumbianer*innen in Spanien und England und kommen zu ähnlichen Ergebnissen wie Lafleur. Relevant für das transnationale Wahlverhalten wie auch für die Wahlbeteiligung sind ihnen zufolge zudem das Bildungsniveau und die beruflichen Positionen, also Akkulturation und Platzierung.

Nach dem Stand der Forschung erweisen sich die (impliziten) Annahmen in der öffentlichen Debatte über den Zusammenhang von Integration und grenzüberschreitender politischer Orientierung als weitgehend unzutreffend oder stark differenzierungsbedürftig. Weder ist Sozialintegration gleichbedeutend mit der ausschließlichen Identifikation mit dem Aufnahmeland, noch schließt die politische Integration im Aufnahmeland die Verfolgung politischer Interessen im Herkunftsland aus. Allgemeine Aussagen zum Zusammenhang von sozialer und politischer Integration und grenzüberschreitenden Orientierungen sind dabei kaum möglich, haben sie doch mit institutionellen Arrangements, Parteiinteressen und dem grenzüberschreitenden Organisationsfeld mindestens ebenso viel zu tun wie mit individuellen Merkmalen.⁶⁶

60 Wüst, Faas 2018, S. 12.

61 Guarnizo et al. 2003.

62 Østergaard-Nielsen 2001, S. 275.

63 Sökefeld 2008.

64 Lafleur 2013.

65 McIlwaine, Bermudez 2011.

66 Vgl. Lafleur 2013; Mügge 2016, S. 116–117.

4. Hypothesen

Aus dem Forschungsstand lassen sich Hypothesen bezüglich des Zusammenhangs von sozialer und politischer Integration der Türkeistämmigen in Deutschland mit ihren grenzüberschreitenden politischen Orientierungen ableiten, die wir in den folgenden Abschnitten empirisch prüfen:

1. (Nationale) soziale und politische Integration (Einbürgerung) führt nicht zwangsläufig zu exklusiver Aufnahmelandorientierung und schließt den Bestand von Mehrfachidentitäten oder überwiegend türkischer Identität nicht aus, und damit besteht eine Voraussetzung auch dauerhafter transnationaler politischer Orientierungen.
2. Es gibt keinen generellen linearen Zusammenhang zwischen (einzelnen Aspekten von) Sozialintegration sowie der Erlangung der deutschen Staatsangehörigkeit einerseits und einem nachlassenden politischen Interesse an der Türkei andererseits.
3. Ein Zusammenhang der Verbindung zu eigenkulturellen Organisationen mit dem politischen Interesse an der Türkei wäre zu erwarten. Dabei kann dieser Zusammenhang unterschiedliche Richtungen haben. Eigenkulturelle Organisationen können seitens politisch an der Türkei Interessierter aufgesucht werden, um ihre Interessen effektiver zu vertreten. Andererseits können auch Türkeistämmige, die aus anderen Motiven die eigenkulturelle Vergesellschaftung suchen (zum Beispiel Religionsausübung, Selbsthilfe), durch die Organisationen politisiert werden.
4. Jenseits der individuellen Sozialintegration könnte im intergenerationalen Wandel das politische Interesse an der Türkei schwinden. Anzunehmen ist hier, dass mit dem zunehmenden intergenerationalen Abstand zur Migration Anknüpfungspunkte (beispielsweise sprachliche und familiale) und daran anschließende Interessen an Bedeutung verlieren.
5. Möglicherweise können dieselben Integrationsmerkmale bei unterschiedlichen Befragtengruppen – beispielsweise zwischen den verschiedenen Zuwanderungsgenerationen – unterschiedliche Zusammenhänge zur transnationalen politischen Orientierung konstituieren. Es ist anzunehmen, dass die Akkulturation, möglicherweise aber auch die Platzierung, einen wesentlichen Einfluss auf die transnationale politische Orientierung haben, soweit individuelle Merkmale der Befragten angesprochen sind. Dabei ist bezüglich der Akkulturation denkbar, dass bessere Bildungsressourcen das politische Interesse insgesamt fördern, die transnationale Orientierung inbegriffen. Zudem können mit einer guten Platzierung Ressourcen für (auch transnationales) politisches Engagement einhergehen. Ebenso ist aber ein alternativer Zusammenhang denkbar, der ursächlich auf ein mit fehlender deutscher Sozialisation verbundenes starkes Interesse an der Türkei seitens der Personen zurückgeht, die schlecht akkulturiert und platziert sind.
6. Bestehende Machtverhältnisse in der Türkei können durch politisches Engagement in der Diaspora reproduziert oder unterminiert werden. Eine soziale und politische Marginalisierung der Türkeistämmigen in Deutschland mag im Wahl-

kampf 2017 durch Erdoğan und die AKP effektiv angesprochen und in Stimmen umgesetzt worden sein. Dann wäre allerdings auch von einem spezifisch »problematischen Integrationsprofil« der AKP-Wählerschaft auszugehen.

Bei der Prüfung dieser Hypothesen erwarten wir bezüglich der sehr generellen Frage nach dem politischen Interesse bezogen auf das Herkunftsland über Deutschland und die Gruppe der Türkeistämmigen hinaus in Ergänzung des Forschungsstands auch verallgemeinerbare Befunde. Wesentliche Aussagen können aber nur für die spezifische Gruppe in ihrem Migrationskontext Gültigkeit beanspruchen.

5. Befragungsmethode

Unsere Daten entstammen der Mehrthemenbefragung des Zentrums für Türkeistudien und Integrationsforschung (ZfTI) aus dem Jahr 2017. Die Mehrthemenbefragung erhebt seit 1999 regelmäßig die Lebenslagen Türkeistämmiger in Nordrhein-Westfalen und wird in unregelmäßigen Abständen auf Deutschland insgesamt ausgeweitet. Sie erfolgt computergestützt und zweisprachig per Telefon unter türkeistämmigen Personen ab 18 Jahren. Die hier berichtete Befragung wurde im Oktober und November 2017 deutschlandweit durchgeführt und enthielt sowohl Indikatoren zu den Integrationsdimensionen Akkulturation, Platzierung, Interaktion und Identifikation mit Aufnahme- und Herkunftsgesellschaft als auch Angaben zu grenzüberschreitender Orientierung, zu politischer Integration im Aufnahmeland und der Parteipräferenz in der Türkei.⁶⁷

67 Zur Bildung einer repräsentativen Auswahlgrundlage für die zufällige Telefonnummernziehung wurden Telefonnummern von einem elektronischen Telefonverzeichnis (Klick-Tel 2017) über eine vom ZfTI erstellte und ständig aktualisierte Liste von rund 15.000 türkischen Nach- und rund 10.000 türkischen Vornamen selektiert. Aus dieser Datei wurden anhand eines computergenerierten Algorithmus nach dem Zufallsprinzip zwei jeweils 15.000 Telefonnummern umfassende Stichproben generiert, eine für NRW, eine für die übrigen Bundesländer. Die Zufallsauswahl der zu befragenden Personen im Haushalt wurde durch die Geburtstagsfrage sichergestellt. Die Interviews von durchschnittlich 20 Minuten Dauer wurden zu 79 Prozent in türkischer Sprache geführt. Die Ausschöpfungsquote für NRW lag bei 8 Prozent der Stichprobe insgesamt und bei 15 Prozent der erreichten Anschlüsse (andere Bundesländer: 8 beziehungsweise 16 Prozent). 1.016 Interviews mit Befragten in NRW und 1.009 Interviews mit Befragten in den anderen Bundesländern wurden analysiert. Zur Überprüfung und Sicherung der Repräsentativität der Erhebungsdaten diente ein Vergleich der Befragten mit den entsprechenden Daten des Mikrozensus 2016. Dabei zeigten Geschlechter- und Altersgruppenverteilung sowie der Erwerbsstatus nur sehr geringe Abweichungen, sodass keine diesbezügliche Gewichtung vorgenommen wurde. Zur Analyse der Daten für Gesamtdeutschland wurden die in NRW erhobenen Fälle entsprechend des Anteils der türkeistämmigen Bevölkerung in NRW an der türkeistämmigen Gesamtbevölkerung in Deutschland (33,9 Prozent) gewichtet (Faktor 0,51), sodass eine gewichtete Fallzahl von 1.527 Fällen in die Analyse einbezogen wurde.

6. Ergebnisse

6.1 *Zusammenhang der Integrationsdimensionen Identifikation, Sozialintegration und Staatsangehörigkeit*

In den hier erhobenen Daten bestätigen sich im Wesentlichen die im Forschungsstand referierten Befunde zur großen Bedeutung von Mehrfachzugehörigkeiten, die eher unabhängig vom Sozialintegrationsstatus sind (Hypothese 1):⁶⁸ Auch wenn der größte Teil der Befragten (49 Prozent) nur die Türkei als Heimat empfindet, bezeichnen doch auch 33 Prozent beide Länder als Heimat.⁶⁹ Dabei unterscheiden sich Zuwanderer der Nachfolgeneration⁷⁰ in ihrem Antwortverhalten von der ersten Einwanderergeneration nicht signifikant, was dafür spricht, dass auch künftig das Herkunftsland seine Bedeutung als emotionaler Bezugsort behalten wird. Zusammenhänge zwischen Identifikation und Sozialintegration sind, so überhaupt vorhanden, nur äußerst schwach ausgeprägt: so zwischen Identifikation und Interaktion⁷¹ (Cramers V.⁷²:

68 Eine Tabelle aller verwendeten Variablen und ihrer Häufigkeitsverteilung in der Stichprobe findet sich im Anhang.

69 Antwortmöglichkeiten: Türkei, Deutschland, beide Länder, keines der beiden Länder (nominale Variable). Hier und im Folgenden wurden Fälle, für die keine Angaben vorlagen, aus der Berechnung ausgeschlossen.

70 Die Einteilung nach Zuwanderungsgenerationen erfolgte auf Basis der Angaben zu Geburtsland, Einreisegrund, Einreisalter und -jahr sowie dem Land der Schulausbildung. Zur ersten Generation wurde gerechnet, wer die Einreise als Arbeitnehmer*in bis 1973 (Anwerbestopp) vollzogen hat und zum Zeitpunkt der Einreise mindestens 18 Jahre alt war (und 2017 mindestens 62 Jahre alt) oder wer als Einreisegrund Familiennachzug als Ehepartner*in angab, wenn die Einreise entweder bis 1973 erfolgte, oder wer 2017 57 Jahre oder älter war, unter Annahme eines ähnlichen Alters der Ehepartner (± 5 Jahre). Als der Nachfolgeneration zugehörig gelten Befragte, die in Deutschland geboren wurden oder als Kind im Rahmen des Familiennachzugs eingereist sind und ihre Schulausbildung in Deutschland abgeschlossen haben. In der vorliegenden Analyse wurde keine Unterscheidung zwischen zweiter und dritter Generation vorgenommen. Sogenannte Heiratsmigrant*innen (Ehepartner*innen von in Deutschland sozialisierten Zuwanderern), die nach 1973 eingereist und 2017 jünger als 57 Jahre waren, wurden nicht in die Analyse einbezogen. Der ersten Generation wurden 205 Befragte und der Nachfolgeneration 909 Befragte zugeordnet. 413 Befragte entfallen auf die Gruppe der Heiratsmigrant*innen oder derjenigen, die sich keiner dieser Kategorien eindeutig zuordnen lassen.

71 Die Sozialintegration wird anhand kategorisierter summativer Indices abgebildet, wobei die einzelnen Indikatoren zunächst hierarchisch codiert und dann auf eine Skala von 0 bis 1 umgerechnet wurden. Die Akkulturation beinhaltet Schulbildung, Berufsausbildung und Deutschkenntnisse, die Platzierung Arbeitsmarktteilhabe, berufliche Stellung und persönliches Einkommen, die Interaktion wurde aus Angaben zu interkulturellen Freizeitbeziehungen, Besuchen von/bei Einheimischen, Kontakten zu Einheimischen und zum Wunsch nach solchen Kontakten gebildet. Die Kategorisierung erfolgte dann durch eine Verteilung des so erzeugten metrischen Index, sodass eine ordinale Skala mit vier Ausprägungen entstand.

72 Cramers V. ist ein Korrelationsmaß für nominal skalierte Daten. Es kann Werte zwischen 0 und 1 annehmen; je höher der Wert, desto stärker ist der Zusammenhang. Signifikanzniveaus: *** < 0,001; ** < 0,01; * < 0,05.

0,122***) und zwischen Identifikation und Akkulturation (Cramers V.: 0,079**). Unabhängig von der statistischen Signifikanz zeigen die Verteilungen bei besserer Sozialintegration tendenziell eine stärkere Identifikation mit Deutschland oder mit beiden Ländern. Dies gilt ebenso in der Nachfolgeneration.

Auch der bereits beschriebene positive Zusammenhang von Sozialintegration und deutscher Staatsangehörigkeit bestätigt sich: Eingebürgerte beziehungsweise als Deutsche geborene Türkeistämmige sind besser sozial integriert als türkische Staatsbürger*innen, wobei – analog zum Forschungsstand – hier insbesondere die Akkulturation (Gamma⁷³: 0,458***) den Unterschied macht, mit schwächeren Effekten jedoch auch die Interaktion (Gamma: 0,288***) und Identifikation (Cramers V.: 0,244***). Bemerkenswert ist, dass bei deutschen Staatsbürger*innen häufiger eine Mischidentität (38 Prozent) als eine eindeutige Identifikation mit Deutschland (23 Prozent) vorkommt, was wiederum mit dem oben dargestellten komplizierten Verhältnis von Staatsangehörigkeit und emotionaler Zugehörigkeit korrespondiert.⁷⁴

Alle hier berichteten Befunde gelten für männliche wie weibliche Befragte sowie für Erst- und Nachfolgenerationsangehörige in der Tendenz gleichermaßen.

6.2 *Integration und grenzüberschreitende politische Orientierung*

Als Indikator für die grenzüberschreitende politische Orientierung dient der Grad des Interesses an türkischer Politik. Stark daran interessiert sind 34 Prozent, ein mittleres Interesse geben 35 und ein geringes Interesse 31 Prozent der Befragten an.

Bivariat hängt diese grenzüberschreitende politische Orientierung mit den Dimensionen der Sozialintegration signifikant positiv, aber zugleich schwach, zusammen (Akkulturation: Gamma 0,194***; Platzierung: Gamma 0,166***; Interaktion: Gamma 0,150***). Mit zunehmender Sozialintegration steigt das Interesse an türkischer Politik also tendenziell. Hoch Gebildete, in den Arbeitsmarkt Einbezogene und dort besser Platzierte mit höherem Einkommen sowie mit der Mehrheitsgesellschaft in engem Kontakt Stehende weisen überdurchschnittlich häufig eine grenzüberschreitende politische Orientierung auf. Dieser Befund gilt tendenziell auch, wenn man die Zuwanderungsgenerationen getrennt betrachtet, wobei der Effekt von Akkulturation und Interaktion bei Erstgenerationsangehörigen ausgeprägter ist, wohingegen die Platzierung sich nicht signifikant auswirkt. Wiederum gelten diese Zusammenhänge tendenziell für Frauen und Männer, woraus aber ein geringeres grenzüberschreitendes politisches Interesse der weiblichen Befragten folgt (starkes Interesse 37 Prozent, mittleres Interesse 36 Prozent, starkes Interesse 27 Prozent), die hinsichtlich aller drei Dimensionen schlechter sozial integriert sind als die Männer.

73 Gamma ist ein Korrelationsmaß für ordinale oder metrische sowie binäre Daten. Es kann Werte zwischen 0 und ± 1 annehmen; je höher der Wert, desto stärker ist der Zusammenhang. Das Vorzeichen gibt die Richtung des Zusammenhangs an, + bedeutet gleichgerichtet, – bedeutet entgegengesetzt. Signifikanzniveaus: *** < 0,001; ** < 0,01; * < 0,05.

74 Personen mit doppelter Staatsangehörigkeit wurden in dieser und in den folgenden Analysen den deutschen Staatsbürger*innen zugerechnet, so kein anderer Hinweis erfolgt.

Der Befund lässt demnach keine pauschale Interpretation von politischen Orientierungen am Herkunftsland als Desintegrationsmerkmal zu (Hypothese 2); umso weniger, als auch das Interesse an deutscher Politik und somit das politische Interesse insgesamt mit zunehmender Bildung, Platzierung und Interaktion wächst und der Grad des Interesses an deutscher mit dem an türkischer Politik stark korreliert (Gamma: 0,704***). Diese ersten Ergebnisse widersprechen vielmehr der Annahme, dass das Interesse an türkischer Politik ein Marginalisierungsphänomen sei, wobei die Zusammenhänge allerdings schwach sind.

Die ausschließliche Identifikation mit der Türkei⁷⁵ ebenso wie die Staatsbürgerschaft wirken sich nicht signifikant auf die grenzüberschreitende politische Orientierung aus. Bezüglich der deutschen Staatsangehörigkeit könnte man mutmaßen, dass Einflüsse auf die transnationale politische Orientierung von den Umständen des Erwerbs abhängen, also insbesondere davon, ob der Erwerb bewusst durch Einbürgerung (in der ersten Generation) oder durch die Entscheidung der Eltern beziehungsweise durch Geburt (in der Nachfolgegeneration) erfolgt ist. Im ersten Fall mag mit einer bewussten Entscheidung für mehr politische Teilhabemöglichkeiten in Deutschland eine Abkehr von der Türkei verbunden sein. Unsere Daten lassen die Prüfung dieses Zusammenhangs nur bedingt zu, weil unklar ist, in welchem Umfang der Erwerb der deutschen Staatsangehörigkeit auch in der zweiten Generation bewusst erfolgt ist. Dies sollte aber zumindest in geringerem Umfang der Fall sein als in der ersten Generation, weshalb ein Vergleich des politischen Interesses an der Türkei bei deutschen Staatsbürger*innen der ersten und der Nachfolgegeneration sinnvoll ist. Hier zeigt sich aber dann, dass sich beide Gruppen hinsichtlich des Interesses an türkischer Politik nicht signifikant unterscheiden und auch die Effektstärken sehr gering und auch deshalb nicht interpretierbar sind. Gleiches gilt für die Variable Interesse an deutscher Politik. Personen mit doppelter Staatsangehörigkeit interessieren sich im Übrigen nicht stärker oder schwächer für türkische Politik als diejenigen mit nur deutscher oder nur türkischer Staatsangehörigkeit.

Wie lässt sich das Fehlen des Zusammenhangs zwischen der Heimatverbundenheit nur mit der Türkei und dem Interesse an türkischer Politik in der Untersuchung erklären? Dieser kontraintuitive Befund spricht gegen die Annahme, dass die Beibehaltung türkischer Identität und transnationale politische Orientierung quasi zwei Seiten einer Medaille sind. Indessen ist das Ergebnis so zu erklären, dass sowohl die Heimatverbundenheit mit der Türkei als auch das Interesse an türkischer Politik akkulturationsabhängig sind, wobei die Zusammenhänge aber unterschiedliche Richtungen haben (siehe Abschnitte 6.1 und 6.2): Mit steigender Bildung schwindet die Heimatverbundenheit und wächst das politische Interesse allgemein und an der Türkei. Es ist daher sehr wohl davon auszugehen, dass die Identifikation mit der Türkei auch entsprechende politische Interessen begünstigt. Analog ist zu erwarten, dass beim Interesse an deutscher Politik ein positiver Zusammenhang der Heimat-

75 Die nominale Variable »Heimatverbundenheit« wurde in eine binäre Variable umgewandelt, die nur die heimatliche Verbundenheit mit der Türkei (= 1) abbildet, die Antwortkategorien Deutschland, beide Länder oder keines der Länder wurden mit 0 codiert.

verbundenheit mit Deutschland besteht – da beides durch eine gute Akkulturation begünstigt wird. Dies ist dann auch tatsächlich der Fall (Gamma: 0,236***).

Damit bestätigt sich, dass die aus dem Forschungsstand abgeleitete Hypothesenbildung adäquat war und ausgeprägte individuelle Ressourcen im Sinne von Akkulturation und Platzierung, in geringerem Umfang aber auch die Interaktion, für die Erklärung grenzüberschreitender politischer Orientierungen am ehesten infrage kommen. Zudem sollte auch die Identifikation mit der Türkei Bedeutung für entsprechendes politisches Interesse haben.

6.3 *Grenzüberschreitende politische Orientierung und politische Partizipationsmöglichkeiten in Deutschland*

Neben den Dimensionen der Sozialintegration und der Staatsangehörigkeit (jeweils im Sinne persönlicher Merkmale der Befragten) wurden in der bisherigen Forschung die (strukturellen) politischen Partizipationsmöglichkeiten im Aufnahmeland und die Interessenartikulation durch Migrantenorganisationen als Einflüsse auf grenzüberschreitende politische Orientierungen identifiziert. Unsere Daten erlauben, die subjektive Wahrnehmung von Partizipationsmöglichkeiten⁷⁶ in Deutschland und die Verbindung zu Migrantenorganisationen im Zusammenhang mit grenzüberschreitenden politischen Orientierungen zu betrachten, wobei die Zugehörigkeit zu Migrantenorganisationen, so wie sie hier erhoben wurde, weder einem politischen Interesse oder Engagement geschuldet sein muss, noch den Migrantenorganisationen per se grenzüberschreitende Aktivitäten unterstellt werden können. Wir betrachten die Organisationsangehörigkeit aber dessen ungeachtet im Sinne der Annäherung an einen potenziellen Zusammenhang.

Ihre politischen Partizipationsmöglichkeiten in Deutschland schätzen die Türkeistämmigen als eher schwach ausgeprägt ein (Mittelwert 2,01⁷⁷): 38 Prozent halten sie für gering, 31 Prozent für eher gering, 24 Prozent für eher hoch und nur 8 Prozent für hoch. Mit dem Interesse an türkischer Politik steht diese Einschätzung jedoch nicht im Zusammenhang. Von denjenigen, die die Partizipationsmöglichkeiten als gering einstufen, geben 42 Prozent ein starkes Interesse an türkischer Politik an, werden sie hoch eingeschätzt, sind es 41 Prozent. Auch dieser Befund spricht dagegen, dass grenzüberschreitende politische Orientierungen eine Folge von Marginalisierung sind. Dieser Befund war entsprechend des Forschungsstands und der Hypothesenbildung zu erwarten, da nicht davon auszugehen ist, dass die (subjektiv) fehlende Möglichkeit, in Deutschland politisch zu partizipieren, durch die Verfolgung politischer Interessen in der Türkei kompensiert werden kann. Vielmehr ist anzunehmen, dass eine grenzüberschreitende politische Orientierung durch entsprechende Gelegenheitsstrukturen (wie Migrantenorganisationen) vermittelt wird (Hypothese 3).

76 Kategorisierter summativer Index aus der Einschätzung von Mitsprache- und Einflussmöglichkeit sowie der Berücksichtigung von Bürger*inneninteressen durch Politiker*innen.

77 Auf einer Skala von 1 = gering bis 4 = hoch.

40 Prozent der Befragten sind Angehörige⁷⁸ von Migrantenorganisationen. Tatsächlich hängt eine solche Angehörigkeit schwach positiv mit dem Interesse an türkischer Politik zusammen (Gamma: 0,251***): Angehörige von Migrantenorganisationen interessieren sich zu 41 Prozent stark, zu 36 Prozent mittelstark und zu 23 Prozent wenig, Nichtangehörige zu 29 Prozent stark, zu 35 Prozent mittelstark und zu 36 Prozent wenig für türkische Politik (Mittelwert 1,18 zu 0,93).⁷⁹ Alle betrachteten Zusammenhänge gelten wiederum für männliche wie weibliche Befragte in der Tendenz gleichermaßen.

6.4 Generationsunterschiede

Angehörige der Nachfolgegeneration unter den Befragten haben ein etwas stärkeres Interesse an türkischer Politik als Angehörige der ersten Generation (Mittelwert 1,05 zu 0,92). Allerdings ist der Zusammenhang von Generationszugehörigkeit und grenzüberschreitender politischer Orientierung nicht signifikant, und die Unterschiede in der Verteilung verlaufen auch nicht linear. Die Annahme, dass das politische Interesse an der Türkei in der Nachfolgegeneration nachlässt, zum Beispiel durch Fortschritte in der Sozialintegration, wird jedenfalls nicht bestätigt. Das ist angesichts der bereits referierten bivariaten Ergebnisse unserer Auswertung – des positiven Zusammenhangs von Sozialintegration und politischem Interesse an der Türkei – auch nicht überraschend.

Tabelle 1: Grad des Interesses an türkischer Politik nach Zuwanderungsgeneration (Zeilenprozent)

	Interesse an türkischer Politik			
	Wenig	Mittel	Stark	Mittelwert*
Erste Generation	40,2	27,6	32,2	0,92
Nachfolgegeneration	28,3	38,7	32,9	1,05
Gamma	n.s.			
n	1.095			
Gesamt	30,5	36,7	32,8	1,03

* Mittelwert auf einer 3-stelligen Skala von 0 = wenig Interesse bis 2 = starkes Interesse.

Signifikanzniveaus: *** < 0,001; ** < 0,01; * < 0,05; n.s. = nicht signifikant.

78 Abgefragt wurde, ob die Befragten türkischen Vereinen oder Verbänden angehören, auch jenseits einer formalen Mitgliedschaft.

79 Mittelwert auf einer 3-stelligen Skala von 0 = wenig Interesse bis 2 = starkes Interesse.

6.5 Multivariate Betrachtung der grenzüberschreitenden politischen Orientierung

Zur Prüfung der eigenständigen Erklärungskraft der in der bivariaten Analyse herausgearbeiteten Effekte auf eine ausgeprägte grenzüberschreitende politische Orientierung (abhängige Variable)⁸⁰ wurde eine logistische Regressionsanalyse⁸¹ durchgeführt, da bivariate Effekte aufgrund von gegenseitigen Abhängigkeiten der unabhängigen Variablen verstärkt oder abgeschwächt werden können. So steht insbesondere die Generationsangehörigkeit mit den unterschiedlichen Integrationsdimensionen und der Staatsbürgerschaft in Zusammenhang – in der Nachfolgegeneration sind sowohl die Sozialintegration als auch der Anteil der deutschen Staatsbürgerschaft höher. Ebenso ist von zumindest schwachen Zusammenhängen zwischen den Integrationsdimensionen, der Identifikation und der Staatsbürgerschaft auszugehen (siehe oben). Um darüber hinaus prüfen zu können, ob fehlende Effekte der bivariaten Analyse Bestand haben – beispielsweise der fehlende Zusammenhang von politischer Partizipationswahrnehmung und grenzüberschreitender politischer Orientierung –, wenn nach weiteren Merkmalen kontrolliert wird, wurden als unabhängige, erklärende Variablen auch diejenigen herangezogen, die in den Hypothesen genannt wurden, in der bivariaten Analyse aber keine signifikanten Zusammenhänge zeigten.⁸²

Insgesamt können mit diesem Modell nur inakzeptable 10 Prozent der Varianz erklärt werden (siehe Ergebnistabelle im Anhang). Einen signifikanten Effekt hat nur die geringe Platzierung, insofern die Wahrscheinlichkeit einer ausgeprägten grenzüberschreitenden politischen Orientierung dann deutlich geringer ist als bei hoher Platzierung. Somit erklären die herangezogenen Merkmale die hohe grenzüberschreitende politischen Orientierung nur unzureichend, auch wenn einzelne Merkmale die Wahrscheinlichkeit dieser Orientierung durchaus begünstigen oder einschränken können.

In der Gesamtschau der bi- und multivariaten Analysen der Daten ist festzustellen, dass der Umfang der sozialen und politischen Integration der Türkeistämmigen in Deutschland in eher losem Zusammenhang zum Vorkommen grenzüberschreitender politischer Orientierungen steht und sich auch als weitgehend unabhängig von der Zuwanderungsgeneration erweist. Die Gruppe der an türkischer Politik Hoch-

80 Aus der ordinal skalierten Variable des Interesses an türkischer Politik wurde eine binäre Variable (starkes Interesse an türkischer Politik = 1, geringes oder mittleres Interesse an türkischer Politik = 0) als abhängige Variable gebildet.

81 Die logistische Regression berechnet die Wahrscheinlichkeit für das Vorliegen eines starken Interesses an türkischer Politik je nach den verschiedenen Ausprägungen der unabhängigen Variablen im Vergleich zu einer definierten Referenzgruppe (beispielsweise die Wahrscheinlichkeit eines starken Interesses bei Personen mit geringer Akkulturation im Vergleich zu Personen mit hoher Akkulturation) unter Kontrolle der anderen Variablen. Vgl. zur Methode der Regressionsanalyse Fromm 2010, S. 107–158.

82 Berücksichtigt sind Generationszugehörigkeit, Staatsangehörigkeit, Zugehörigkeit zu einer Migrantenorganisation, Akkulturation, Platzierung, Interaktion, Identifikation nur mit der Türkei und die Wahrnehmung von Partizipationsmöglichkeiten in Deutschland. In die Berechnung fließen bis 480 Fälle ein, da nur Fälle verwendet werden, für die für alle Variablen gültige Werte vorliegen.

interessierten ist demnach ein sehr heterogener Personenkreis, in dem gut politisch und sozial in Deutschland Integrierte überrepräsentiert sind. Befunde aus anderen Studien zum relativ engen Zusammenhang von Dimensionen sozialer und politischer Integration im Ankunftsland werden bestätigt; allerdings ist dies kaum in eine klare Verbindung mit der Entwicklung des Interesses an der Politik des Herkunftslands zu bringen (Hypothese 5). Offenbar handelt es sich hier zumindest in Teilen um ein Phänomen der additiven oder Mehrfachintegration, das quer zu der Annahme liegt, Herkunftsländorientierung sei in erster Linie als Folge sozialer und politischer Marginalisierung zu verstehen.

6.6 *Reproduktion von Machtverhältnissen durch grenzüberschreitende politische Orientierung?*

Der durch diese Erkenntnisse nicht erklärte und von der deutschen Gesellschaft problematisierte Zuspruch der tuerkeistaemmigen Zugewanderten zu autoritaeren, antipluralen und demokratieskeptischen Positionen, fuer die an prominenter Stelle der tuerkische Praesident Erdogan steht, ist zumindest eine Variante der grenzueberschreitenden politischen Orientierung auf die Tuerkei (Hypothese 6). Bei starkem Interesse an tuerkischer Politik nannten 56 Prozent derjenigen, die die Frage nach der Parteipraeferenz in der Tuerkei beantworteten,⁸³ die AKP, 33 Prozent eine andere Partei, und 11 Prozent gaben an, dass sie nicht waehlen wuerden, wobei vor allem die Nichtteilnahme an der Wahl mit (geringer) grenzueberschreitender politischer Orientierung im Zusammenhang steht (Cramers V.: 0,193***). Auch die Frage, ob politisches Engagement in der Diaspora Machtverhaeltnisse im Herkunftsland eher stuetzt oder unterminiert, laesst sich damit nicht pauschal beantworten. Allerdings, dies zeigt auch das tatsaechliche Wahlverhalten, sympathisiert ein betraechtlicher Teil der Tuerkeistaemmigen in Deutschland offenbar mit dem Regime in der Tuerkei, und dies eher dann, wenn ein hohes Interesse an tuerkischer Politik besteht.

Abschließend fragen wir nun danach, ob innerhalb der Gruppe der stark grenzüberschreitend Orientierten⁸⁴ unterschiedliche Muster sozialer und politischer Integration zu finden sind, die die Reproduktion von Machtverhältnissen erklären. Dazu wurde eine hierarchische Clusteranalyse durchgeführt, die die Gruppe mit ausgeprägter grenzüberschreitender politischer Orientierung nach dem Grad ihrer

83 Insgesamt beantworteten die Frage nach der Parteipräferenz $n = 1.045$, darunter und hier einbezogen 233 Personen (22 Prozent), die explizit angaben, nicht an der Wahl in der Tuerkei teilnehmen zu wollen. Frageformulierung: »Wenn am naechsten Sonntag Parlamentswahlen in der Tuerkei waeren, welche Partei wuerden Sie waehlen?« Neben den verschiedenen Parteien konnte als Antwort auch angegeben werden: »Ich wuerde nicht waehlen.« Befragte, die keine Angaben machten, sind hier nicht einbezogen. 46 Prozent der Befragten gaben an, sie wuerden die AKP waehlen, 32 Prozent wuerden andere Parteien waehlen, und 22 Prozent wuerden nicht an der Wahl teilnehmen.

84 $n = 508$.

sozialen und politischen Integration strukturiert.⁸⁵ Merkmale für die Clusterbildung sind Akkulturation, Platzierung, Interaktion, heimatliche Verbundenheit nur mit der Türkei, wahrgenommene Partizipationsmöglichkeiten in Deutschland und die Staatsangehörigkeit.

Innerhalb der Gruppe der grenzüberschreitend politisch Orientierten lassen sich anhand der Clusteranalyse drei⁸⁶ Kontrastgruppen identifizieren. Die Zuweisung zu diesen Clustern erfolgt insbesondere anhand der Kriterien Staatsbürgerschaft (Cramers V.: 0,906***), Akkulturation (Cramers V.: 0,829***) und Platzierung (Cramers V.: 0,400***). Interaktion (Cramers V.: 0,336***), Identifikation (Cramers V.: 0,239***) und politische Integration (Cramers V.: 0,228***) spielen für die Clusterzuordnung demgegenüber eine untergeordnete Rolle.

1. Die erste Gruppe, in der 76 Fälle zusammengefasst sind, besteht aus überwiegend türkischen Staatsbürger*innen, die alle eine hohe Akkulturation und überwiegend hohe Platzierung in Deutschland aufweisen. Zugleich identifizieren sie sich aber selten mit Deutschland und sehen ihre politischen Partizipationsmöglichkeiten in der Bundesrepublik zumeist als gering. Diese Gruppe ist folglich kognitiv und strukturell stark, identifikatorisch und politisch jedoch gering integriert.
2. Die zweite, 36 Fälle umfassende Gruppe setzt sich ausschließlich aus türkischen Staatsbürger*innen mit überwiegend geringer sozialer und politischer Integration zusammen.
3. In der dritten Gruppe (69 Fälle) befinden sich ausschließlich deutsche Staatsbürger*innen mit überwiegend hoher sozialer Integration, die auch seltener eine Identifikation nur mit der Türkei aufweisen sowie häufiger von politischen Partizipationsmöglichkeiten in Deutschland berichten als die Angehörigen des Clusters 1.

85 Bei der Clusteranalyse werden Fälle (Personen) nach Ähnlichkeiten und Unterschieden hinsichtlich der einbezogenen Variablen (hier: Indikatoren der sozialen und politischen Integration) zu möglichst homogenen Clustern gruppiert, die sich zugleich möglichst deutlich voneinander unterscheiden. Die hier einfließenden Indikatoren korrelieren signifikant auf mittlerem Niveau miteinander, weisen dennoch ausreichend Varianz und Streuung auf, um in die Klassifizierung aufgenommen zu werden. Da die einfließenden Variablen auf unterschiedlichem Niveau (ordinal und binär) skaliert sind, wurden die in vier Kategorien unterteilten Indices der Akkulturation, der Platzierung, der Interaktion und der Partizipationsmöglichkeiten in binäre Variablen umgewandelt, wobei eine geringe und eher geringe Ausprägung (= 0) sowie eine eher hohe und hohe Ausprägung (= 1) zusammengefasst wurden.

Zunächst wurden mit der Single-Linkage-Methode »Ausreißer«, das heißt einzelne Fälle, die in ihrer Antwortstruktur von allen anderen deutlich abweichen und sich deshalb kaum einer Gruppe zuordnen lassen, identifiziert (n = 4) und aus der Berechnung ausgeschlossen. In die Analyse eingeflossen sind 181 Fälle, da auch diejenigen ausgeschlossen wurden, für die nicht bei allen Indikatoren Antworten vorliegen. Anschließend wurde mit der Methode »Ward« und dem Distanzmaß »Quadierte Euklidische Distanz« eine Clusterbildung vorgenommen (vgl. zur Methodik der Clusteranalyse Fromm 2010, S. 191–222; Backhaus et al. 2003, S. 479–542; Stein, Vollnhals 2011).

86 Eine Lösung mit drei Gruppen (Clustern) erschien anhand der Prüfkriterien Dendrogramm und Entwicklung des Heterogenitätsmaßes sinnvoll.

Tabelle 2: Zusammensetzung der Cluster nach entsprechenden Merkmalen (Spaltenprozent)

		Cluster			
		1	2	3	Gesamt
Akkulturation	gering		97,2	17,4	25,8
	hoch	100,0	2,8	82,6	74,2
	Cramers V.	0,829***			
Platzierung	gering	28,9	77,8	29,0	38,5
	hoch	71,1	22,2	71,0	61,5
	Cramers V.	0,400***			
Interaktion	gering	17,1	36,1	2,9	15,4
	hoch	82,9	63,9	97,1	86,6
	Cramers V.	0,336***			
Identifikation /Heimat nur TR	Nein	38,2	41,7	63,8	48,6
	Ja	61,8	58,3	36,2	51,4
	Cramers V.	0,239**			
Partizipation	gering	77,6	75,0	55,1	67,8
	hoch	22,4	25,0	44,9	32,2
	Cramers V.	0,228**			
Staatsbürgerschaft	Türkisch	88,2	100,0		56,9
	Deutsch	11,8		100,0	43,1
	Cramers V.	0,906***			
N		76	36	69	181

Signifikanzniveaus: *** < 0,001; ** < 0,01; * < 0,05; n.s. = nicht signifikant.

Die Cluster unterscheiden sich weiterhin auch bezüglich der Generationszugehörigkeit (Cramers V.: 527***) ihrer Mitglieder: Cluster 1 und 3 sind überwiegend durch Nachfolgegenerationsangehörige geprägt. Erstgenerationsangehörige sind demgegenüber in Cluster 2 deutlich überrepräsentiert. Die Geschlechterverteilung zeigt in Cluster 2 eine Überrepräsentanz und in Cluster 3 eine Unterrepräsentanz von Frauen, die jedoch nicht signifikant sind. Die Angehörigkeit zu einer Migrantenorganisation unterscheidet sich nicht signifikant nach Clusterzugehörigkeit, wenngleich Angehörige von Migrantenorganisationen in Cluster 1 leicht über- und in Cluster 3 leicht unterrepräsentiert sind.

Tabelle 3: Zusammensetzung der Cluster nach Generationszugehörigkeit, Geschlecht, Parteipräferenz und AKP-Affinität (Spaltenprozent)

		Cluster			
		1	2	3	Gesamt
Generation	Erste Generation	9,6	62,5	8,3	19,0
	Nachfolgegeneration	90,4	37,5	91,7	81,0
	Cramers V.	0,527***			
Geschlecht	Männer	63,2	52,8	71,0	64,1
	Frauen	36,8	47,2	29,0	35,9
	Cramers V.	n.s.			
Verbindung zu eigeneth-nischer Organisation	Ja	57,9	55,6	50,7	54,7
	Nein	42,1	44,4	49,3	45,3
	Cramers V.	n.s.			
Parteipräferenz TR ⁸⁷	AKP	71,9	71,4	45,6	61,3
	CHP	19,3	10,7	29,8	21,8
	MHP	1,8	7,1	3,5	3,5
	HDP	3,5	3,6	14,0	7,7
	Andere	3,5	7,1	7,0	5,6
	Cramers V.	n.s.			
AKP-Wahlabsicht ⁸⁸		66,1	69,0	40,6	56,1
	Cramers V.	0,263**			
n		76	36	69	181

Signifikanzniveaus: *** < 0,001; ** < 0,01; * < 0,05; n.s. = nicht signifikant.

Nun ist zu fragen, ob eine solche differenzierte Betrachtung der an türkischer Politik Interessierten einen Beitrag dazu leisten kann, politische Präferenzen genauer zu analysieren, hier also, die Affinität zur türkischen Regierung zu erklären. Dies ist zumindest teilweise möglich. Nach Parteinäigung insgesamt zeigt sich noch kein signifikanter Zusammenhang, obwohl in den Verteilungen bereits deutlich wird,

87 Die Verteilung bezieht sich hier nur auf diejenigen Befragten, die eine konkrete Parteipräferenz angaben (n = 142). Befragte, die antworteten, nicht an der Wahl teilnehmen zu wollen oder keine Angaben machten, sind hier nicht enthalten.

88 Einschließlich derjenigen Personen, die angaben, nicht an der Wahl teilnehmen zu wollen (n = 155).

dass die in jeder Hinsicht am stärksten an Deutschland assimilierte Gruppe des Clusters 3 der türkischen Opposition eher zuneigt als die Angehörigen von Cluster 2, aber auch von Cluster 1. Unterscheidet man nur nach der Affinität zur AKP und bezieht auch Befragte ein, die angaben, sie würden nicht an einer türkischen Parlamentswahl teilnehmen, ergibt sich ein signifikanter Zusammenhang (Cramers V.: 0,263**). In Cluster 1 und 2 ist die Präferenz für die AKP relativ ähnlich und jeweils überdurchschnittlich, in Cluster 3 hingegen sind AKP-Sympathisant*innen unterrepräsentiert. Was diese Gruppe von den anderen beiden unterscheidet, ist insbesondere der hohe Anteil an Personen mit deutscher Staatsangehörigkeit, eine vergleichsweise häufige – aber nicht durchgängige – Wahrnehmung von politischen Partizipationsmöglichkeiten in Deutschland sowie eine unterdurchschnittlich verbreitete Identifikation nur mit der Türkei, bei wohlgeprägt ausgeprägtem Interesse an türkischer Politik. Diese Gruppe macht immerhin weit über ein Drittel der für die Clusteranalyse ausgewerteten Fälle aus.

7. Fazit und Diskussion

Die hier vorgestellte Studie belegt für die Türkeistämmigen in Deutschland, dass politische Orientierungen am Herkunftsland unabhängig von Prozessen der sozialen und politischen Integration im Ankunftsland sein können. Auch ein abnehmendes politisches Interesse am Herkunftsland im intergenerationalen Wandel oder ein schwindendes Interesse bei als gut wahrgenommenen Partizipationsmöglichkeiten in Deutschland und bei deutscher Staatsangehörigkeit lassen sich aus den analysierten Daten nicht ableiten, was die Ergebnisse anderer Untersuchungen zu anderen Gruppen in anderen Einwanderungsländern bestätigt.

Es kommt also nicht generell zum Verschwinden des politischen Interesses am Herkunftsland im Integrationsverlauf von Einwanderern, ebenso wenig wie zur Übernahme einer rein aufnahmelandbezogenen Identität, auch bei ansonsten assimilativ verlaufender Sozialintegration und der Annahme der Staatsangehörigkeit. Mit Einwanderung können damit auch immer auf Dauer bestehende, herkunftslandbezogene politische Interessenvertretung und entsprechende Konflikte einhergehen.

Mit Blick auf die Türkeistämmigen in Deutschland ist genau dies der Fall. Soweit hier ein politisches Desintegrationspotenzial besteht, ist dies nicht nur als Folge integrationspolitischer Versäumnisse Deutschlands zu deuten. Gleichwohl zeigt sich, dass unter denjenigen mit ausgeprägtem politischen Interesse an der Türkei durchaus Kontrastgruppen identifiziert werden können, deren politische Einstellungen sich unter anderem entlang von Sozialintegrationsbilanzen, politischer Integration und Generationszugehörigkeit unterscheiden. Dies ist ein bemerkenswerter Befund, der verdeutlicht, dass die Analyse von politischen Aktivitäten in der Diaspora schon mit Blick auf eine einzige Einwanderergruppe in einem Ankunftsland komplex ist und unterschiedliche Voraussetzungen und Motivlagen zu beachten sind. Generalisierbare Erkenntnisse, die Einwanderungsländer und -gruppen überspannen, sind damit sehr unwahrscheinlich. Der vorliegende Artikel ermöglicht

keine qualifizierte Betrachtung des intergenerationalen Wandels innerhalb einzelner Familien. Für die türkische Gruppe in Deutschland ergeben sich hierzu weitere Forschungsmöglichkeiten mit den Daten des 2.000-Families-Projekts, die eine genauere Betrachtung des intergenerationalen Wandels mit Blick auf die Identifikation mit Deutschland und der Türkei zulassen.⁸⁹

Ohne hier im Detail diskutieren zu müssen, inwieweit die Unterstützung des Erdoğan-Regimes in der Türkei auf politisch desintegrative Entwicklungen im Einwanderungsland Deutschland hindeutet, lässt sich an der AKP-Unterstützung exemplarisch zeigen, dass sich eine differenzierte Betrachtung derjenigen mit hoher Affinität zu türkischer Politik lohnt. Großes Interesse an türkischer Politik ist nicht gleichbedeutend mit der Unterstützung der türkischen Regierung. Vielmehr gibt es eine klar konturierte Gruppe politisch an der Türkei Interessierter, die überdurchschnittlich den Oppositionsparteien zugeneigt ist. Diese Gruppe mit unterdurchschnittlicher Neigung zur AKP unterscheidet sich von den beiden Gruppen mit überdurchschnittlichem AKP-Zuspruch durch einen hohen Anteil an Befragten mit deutscher Staatsangehörigkeit, eine überdurchschnittliche Wahrnehmung von politischen Partizipationsmöglichkeiten in Deutschland und eine unterdurchschnittliche emotionale Verbundenheit mit der Türkei. Aufgrund dieser Merkmale verfängt die Ansprache durch Erdoğan und die AKP und die Behauptung von sozialer und politischer Marginalisierung der Deutschtürk*innen bei den Befragten in geringerem Umfang. Der Erfolg dieser Ansprache hängt hingegen nicht von der objektiv erreichten Sozialintegration ab. Ergebnisse einer Nachwahlbefragung zur Bundestagswahl 2017 unter deutschen Staatsangehörigen türkischer Abstammung, die auf eher geringe Sympathiewerte für Erdoğan⁹⁰ hinweisen, fügen sich in diesen Befund gut ein. Allerdings wird ebenso deutlich, dass die politische Partizipationswahrnehmung und Identifikation mit Deutschland nicht zwingend gegen die Unterstützung autoritärer Herrschaft im Herkunftsland immunisiert. Diesen Widerspruch wird das Einwanderungsland Deutschland, das legen unsere Ergebnisse nahe, auch langfristig nicht vollkommen auflösen können.

Die Rolle, die Migrantenorganisationen in diesem Zusammenhang zukommt, konnte durch die hier vorgenommene Analyse nicht hinreichend bestimmt werden. Dies ist darauf zurückzuführen, dass anhand der Daten keine qualifizierte Betrachtung der Verbindung zu den Organisationen einerseits und der grenzüberschreitenden Aktivitäten der Vereine andererseits möglich war. Entsprechend findet sich multivariat auch kein Zusammenhang zwischen der Angehörigkeit zu Migrantenorganisationen und einem politischen Interesse an der Türkei. Im Falle eines ausgeprägten Interesses hätte man mit dem Forschungsstand mutmaßen können, dass unter der Klientel der Organisationen dann eher eine Sympathie für die türkische Regierung vorherrscht, da ihr viele größere Organisationen nahe stehen. Dieser Zusammenhang deutet sich im Vergleich der Cluster zwar an, ist aber nicht belastbar. Gleichwohl bleibt festzuhalten, dass die Verbundenheit mit türkisch geprägten

89 Siehe Guveli et al. 2017 zu den Forschungsmöglichkeiten mit diesem Datensatz.

90 Vgl. Goerres et al. 2018, S. 12.

Organisationen nicht per se mit sozialen oder politischen Desintegrationsdynamiken in Verbindung gebracht werden kann.

Hieraus folgt, dass Debatten über die Loyalität von Einwanderern zum Ankunftsland im Allgemeinen und der Türkeistämmigen zu Deutschland im Besonderen dann ins Leere laufen, wenn vorausgesetzt wird, dass politisches Engagement für das Herkunftsland an sich schon die soziale, politische und staatsbürgerliche Integration im Ankunftsland infrage stellt. Vielmehr geht es darum, die Interessenvertretung von Einwanderern im Aufnahmeland strukturell zu ermöglichen, weil erst damit einer Anfälligkeit für demokratiefeindliche Positionen aus dem Herkunftsland entgegengewirkt werden kann.

Literatur

- Backhaus, Klaus; Erickson, Bernd; Plinke, Wulff; Weiber, Rolf 2003. *Multivariate Analysemethoden*. 10. Auflage. Berlin et al.: Springer.
- Blätte, Andreas 2014. *Einwandererverbände in der Migrations- und Integrationspolitik*. Wiesbaden: Springer VS.
- Bloemrad, Irene 2015. »Reimagining the nation in a world of migration: legitimacy, political claims-making, and membership in comparative perspective«, in *Fear, anxiety, and national identity: immigration and belonging in North America and Western Europe*, hrsg. v. Foner, Nancy; Simon, Patrick, S. 59–82. New York: Sage.
- Bojadžijev, Manuela; Römhild, Regina 2014. »Was kommt nach dem ›transnational turn‹? Perspektiven für eine kritische Migrationsforschung«, in *Berliner Blätter. Ethnographische und ethnologische Beiträge* 65, S. 10 – 24.
- Ersanilli, Evelyn; Koopmans, Ruud 2010. »Rewarding integration? Citizenship regulations and sociocultural integration of immigrants in the Netherlands, France and Germany«, in *Journal of Ethnic and Migration Studies* 36, 5, S. 773–791.
- Esser, Hartmut 2001. *Integration und ethnische Schichtung*. Arbeitspapier Nr. 40 des Mannheimer Zentrums für Europäische Sozialforschung. http://edoc.vifapol.de/opus/volltexte/2014/5134/pdf/wp_40.pdf (Zugriff vom 18.08.2015).
- Esser, Hartmut 2009. »Pluralisierung oder Assimilation? Effekte der multiplen Inklusion auf die Integration von Migranten«, in *Zeitschrift für Soziologie* 38, S. 358–378.
- Fick, Patrick; Wöhler, Thomas; Diehl, Claudia; Hinz, Thomas 2014. *Integration gelungen? Die fünf größten Zuwanderergruppen in Baden-Württemberg im Generationenvergleich. Ergebnisse einer Mehrthemenbefragung im Auftrag des Ministeriums für Integration Baden-Württemberg*. Universität Konstanz.
- Fromm, Sabine 2010. *Datenanalyse mit SPSS für Fortgeschrittene 2: Multivariate Verfahren für Querschnittsdaten*. Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften.
- Gorres, Achim; Spies, Dennis C.; Mayer, Sabrina J. 2018. *Deutsche mit Migrationshintergrund bei der Bundestagswahl 2017: Erste Auswertungen der Immigrant German Election Study zu Deutschtürken und Russlanddeutschen*. www.migrantenwahlstudie.uni-due.de (Zugriff vom 19.03.2018).
- Guarnizo, Luis Eduardo; Portes, Alejandro; Haller, William 2003. »Assimilation and transnationalism: determinants of transnational political action among contemporary migrants«, in *American Journal of Sociology* 108, 6, S. 1211–1248.
- Guveli, Ayse; Ganzeboom, Harry B. G.; Baykara-Krumme, Helen; Platt, Lucinda; Eroğlu, Şebnem; Spierings, Niels; Bayrakdar, Sait; Nauck, Bernhard; Sozeri, Efe K. 2017. »2,000 families: identifying the research potential of an origins-of-migration study«, in *Ethnic and Racial Studies* 40, 14, S. 2558–2576.
- Halm, Dirk; Sauer, Martina 2017. *Muslime in Europa. Integriert, aber nicht akzeptiert? Auswertung des Religionsmonitors der Bertelsmann-Stiftung 2017*. Gütersloh: Bertelsmann Stiftung.

- Halm, Dirk; Söylemez, Seçkin 2017. »Positionen von Migrantenorganisationen in grenzüberschreitenden politischen Debatten. Das Beispiel der ›Armenien-Resolution‹ des Deutschen Bundestags«, in *Leviathan* 45, 2, S. 221–254.
- Hans, Silke 2010. *Assimilation oder Segregation? Anpassungsprozesse von Einwanderern in Deutschland*. Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften.
- Hunger, Uwe; Candan, Menderes 2009. *Politische Partizipation der Migranten in der Bundesrepublik Deutschland und über die deutschen Grenzen hinweg*. Expertise im Auftrag des Bundesamts für Migration und Flüchtlinge (BAMF). Münster: Westfälische Wilhelms-Universität.
- IDEA (International Institute for Democracy and Electoral Assistance). Hrsg. 2007. *Voting from abroad. The International IDEA Handbook*. Stockholm: IDEA.
- Jacobs, Dirk; Phalet, Karen; Swyngedouw, Marc 2004. »Associational membership and political involvement among ethnic minority groups in Brussels«, in *Journal of Ethnic and Migration Studies* 30, 3, S. 543–559.
- Koopmans, Ruud; Statham, Paul 2003. »How national citizenship shapes transnationalism. A comparative analysis of migrant claims-making in Germany, Great Britain and the Netherlands«, in *Integrating immigrants in liberal nation-states: from postnational to transnational*, hrsg. v. Joppke, Christian; Moravska, Ewa, S. 195–238. Basingstoke: Palgrave.
- Kroh, Martin; Tucci, Ingrid 2009. *Parteibindungen von Migranten: Parteien brauchen erleichterte Einbürgerung nicht zu fürchten*. DIW Wochenbericht, Nr. 47. Berlin: Deutsches Institut für Wirtschaftsforschung.
- Lacroix, Thomas 2012. »Indian and Polish migrant organizations in the UK«, in *Cross-border migrant organisations in comparative perspective*, hrsg. v. Pries, Ludger; Sezgin, Zeynep, S. 152–209. Basingstoke: Palgrave.
- Lafleur, Jean-Michel 2013. *Transnational politics and the state. External voting rights for diasporas*. New York, London: Routledge.
- Levitt, Peggy 2001. »Transnational migration: taking stock and future directions«, in *Global Networks* 1, 3, S. 195–216.
- Maehler, Deborah B. 2012. *Akkulturation und Identifikation bei eingebürgerten Migranten in Deutschland*. Münster: Waxmann.
- McIlwaine, Cathy; Bermudez, Anastasia 2011. *Transnational voting practices among Colombian migrants in London and Madrid. The Colombian 2010 Elections from the UK and Spain*. London: Queen Mary, University of London.
- Morales, Laura; Pilati, Katia 2014. »The political transnationalism of Ecuadorians in Barcelona, Madrid and Milan: the role of individual resources, organizational engagement and the political context«, in *Global Networks* 14, 1, S. 80–102.
- Mügge, Liza 2016. »Transnationalism as a research paradigm and its relevance for integration«, in *Integration processes and policies in Europe: contexts, levels and actors*, hrsg. v. Garcés-Mascreñas, Blanca; Penninx, Rinus, S. 109–125. Amsterdam: Amsterdam University Press.
- Müssig, Stephanie; Worbs, Susanne 2012. *Politische Einstellungen und politische Partizipation von Migranten in Deutschland*. Nürnberg: Bundesamt für Migration und Flüchtlinge.
- Oser, Ursula 1995. *Remittances of guest workers to their home countries: an econometric analysis*. Discussion Paper No. 25, Center for International Labor Economics (CILE). Konstanz: Universität Konstanz.
- Østergaard-Nielsen, Eva 2001. »Transnational political practices and the receiving state: Turks and Kurds in Germany and the Netherlands«, in *Global Networks* 1, 3, S. 261–281.
- Østergaard-Nielsen, Eva 2003. *Transnational politics: Turks and Kurds in Germany*. New York, London: Routledge.
- Pries, Ludger 2015. »Teilhabe in der Migrationsgesellschaft: Zwischen Assimilation und Abschaffung des Integrationsbegriffs«, in *IMIS-Beiträge* 47, S. 7–36.
- Pries, Ludger; Halm, Dirk; Sezgin, Zeynep 2012. »Cross-border migrant organizations in their organizational and institutional environment«, in *Cross-border migrant organizations in comparative perspective*, hrsg. v. Pries, Ludger; Sezgin, Zeynep, S. 272–303. Basingstoke: Palgrave.
- Salentin, Kurt; Wilkening, Frank 2003. »Ausländer, Eingebürgerte und das Problem einer realistischen Zuwanderer-Integrationsbilanz«, in *Kölner Zeitschrift für Soziologie und Sozialpsychologie* 55, 2, S. 278–298.

- Sana, Mariano 2005. »Buying membership in the transnational community: migrant remittances, social status, and assimilation«, in *Population Research and Policy Review* 24, S. 231–261.
- Sauer, Martina 2013. *Einbürgerungsverhalten türkeistämmiger Migrantinnen und Migranten in Nordrhein-Westfalen. Ergebnisse der 13. Mehrthemenbefragung 2012*. Essen: ZfTI.
- Sauer, Martina; Halm, Dirk 2009. *Erfolge und Defizite der Integration türkeistämmiger Zuwanderer. Entwicklung der Lebenssituation 1999–2008*. Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften.
- Schlenker, Andrea 2016. »Divided loyalty? Identification and political participation of dual citizens in Switzerland«, in *European Political Science Review* 8, 4, S. 517–546.
- Schönwälder, Karen; Sinanoglu, Cihan; Volkert, Daniel 2011. *Vielfalt sucht Rat. Ratsmitglieder mit Migrationshintergrund in deutschen Großstädten*. Berlin: Heinrich-Böll-Stiftung.
- Sirkeci, İbrahim 2017. *Migration from Turkey to the UK*. www.imi.ox.ac.uk/blog/migration-from-turkey-to-the-uk (Zugriff vom 27.11.2017).
- Snel, Erik; Engbersen, Godfried; Leerkers, Arjen 2006. »Transnational involvement and social integration«, in *Global Networks* 6, 3, S. 285–308.
- Sökefeld, Martin 2008. *Struggling for recognition. The Alevi movement in Germany and in transnational space*. New York, Oxford: Berghahn.
- Spielhaus, Riem 2013. »Vom Migranten zum Muslim und wieder zurück. Die Vermengung von Integrations- und Islamthemen in Medien, Politik und Forschung«, in *Islam und die deutsche Gesellschaft*, hrsg. v. Halm, Dirk; Meyer, Hendrik, S. 169–194. Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften.
- Statistisches Bundesamt 2017. *Bevölkerung und Erwerbstätigkeit. Bevölkerung mit Migrationshintergrund*. Fachserie 1, Reihe 2.2. Mikrozensus 2005 bis 2016. Wiesbaden: Statistisches Bundesamt.
- Stein, Petra; Vollnhals, Sven 2011. *Grundlagen clusteranalytischer Verfahren*. www.uni-due.de/imperia/md/content/soziologie/stein/skript_clusteranalyse_sose2011.pdf (Zugriff vom 23.03.2018).
- Tsuda, Takeyuki 2012. »Whatever happened to simultaneity? Transnational migration theory and dual engagement in sending and receiving countries«, in *Journal of Ethnic and Migration Studies* 38, 4, S. 631–649.
- Ulusoy, Yunus 2017. *Verfassungsreferendum vom 16. April 2017: Ein Pyrrhussieg für Erdoğan?* ZfTI-aktuell 10, 25. April 2017. Essen: ZfTI.
- Ulusoy, Yunus 2018. *Wahlen in der Türkei am 24. Juni: Die Ergebnisse*. ZfTI-aktuell 13, 28. Juni 2018. Essen: ZfTI.
- Weinmann, Martin; Becher, Inna; Babka von Gostomski, Christian 2012. *Einbürgerungsverhalten von Ausländerinnen und Ausländern in Deutschland sowie Erkenntnisse zu Optionspflichtigen – Ergebnisse der BAMF-Einbürgerungsstudie 2011*. Forschungsbericht 15. Nürnberg: Bundesamt für Migration und Flüchtlinge.
- Wittlif, Alex; Litta, Henriette 2016. *Schwarz, rot, grün – welche Parteien bevorzugen Zuwanderer?* Policy Brief des SVR-Forschungsbereichs 2016–5. Berlin: Sachverständigenrat deutscher Stiftungen für Integration und Migration.
- Wüst, Andreas M.; Faas, Thorsten 2018. *Politische Einstellungen von Menschen mit Migrationshintergrund*. Berlin: Friedrich-Ebert-Stiftung.

Anhang 1: Verteilung der verwendeten Variablen (Spaltenprozentwerte)

Heimatverbundenheit	Prozent	Arbeitsmarktteilhabe	Prozent
Mit der Türkei	49,1	Erwerbstätig	54,9
Mit Deutschland	15,9	Arbeitslos	5,3
Mit beiden Ländern	32,5	Nichterwerbspersonen	39,8
Mit keinem der beiden	2,5	n	1.502
n	1.518	Berufliche Stellung	
Generation		Arbeiter (angelernt)	42,1
Erste Generation	18,4	Facharbeiter/Meister	17,3
Nachfolgegeneration	81,6	Angestellte	24,6
n	1.114	Beamte	1,6
Schulbildungsniveau		Selbstständige	11,5
Kein Abschluss	4,5	Sonstige	2,8
Einfacher Abschluss	28,7	n	810
Mittlerer Abschluss	32,5	Persönliches Einkommen	
Hoher Abschluss	34,3	Kein pers. Einkommen	21,3
n	1.436	Unter 1.000 €	25,4
Berufliche Ausbildung		1.000 bis unter 2.000 €	25,4
Keine Ausbildung in D	55	2.000 bis unter 3.000 €	18,8
Betr./schul. Ausbildung	25,5	3.000 € und mehr	9,1
Meister/Techniker	7,8	n	819
Fach-/Hochschule	11,8	Platzierungsindex	
n	1.247	Gering	22,9
Deutschkenntnisse (Verstehen)		Eher gering	27,2
Sehr/eher schlecht	6,5	Eher hoch	30
Mittel	28,1	Hoch	19,9
Sehr gut/gut	65,4	n	810
n	1.524	Geschlecht	
Akkulturationsindex		Männlich	51,3
Gering	7,7	Weiblich	48,7
Eher gering	28,6	n	1.527
Eher hoch	42,3		
Hoch	21,4		
n	1.212		

Interkulturelle Freizeitbeziehungen	Prozent	Beurteilung politische Mitsprache	Prozent
Nie	16,5	Überhaupt nicht	31,8
Selten	18,3	Eher nicht	22,4
Manchmal	26,9	Teils/teils	29,3
Häufig	21,8	Eher	9,8
Jeden Tag	16,5	Voll und ganz	6,7
n	1.519	n	1.228
Besuche von/bei Einheimischen		Beurteilung politischer Einfluss	
Weder von noch bei	36,3	Überhaupt nicht	34,5
Entweder von oder bei	22,6	Eher nicht	23,8
Sowohl von als auch bei	41,2	Teils/teils	24,3
n	1.513	Eher	11,7
Kontakte und Wunsch nach Kontakten		Voll und ganz	
Kein Kontakt und kein Wunsch	1,2	n	1.212
Kein Kontakt und Wunsch	1,3	Vertretung von Bürgerinteressen	
Kontakt und kein Wunsch	54,6	Überhaupt nicht	40,1
Kontakt und Wunsch	43	Eher nicht	24,3
n	1.440	Teils/teils	23,8
Interaktionsindex		Eher	8,1
Gering	2,2	Voll und ganz	3,7
Eher gering	18,8	n	1.209
Eher hoch	32,4	Index Partizipationsmöglichkeiten	
Hoch	46,6	Gering	37,8
n	1.421	Eher gering	30,6
Staatsbürgerschaft		Eher hoch	23,8
Türkisch	55,8	Hoch	7,7
Deutsch*	44,2	n	1.142
<i>darunter doppelte Staatsang.</i>	9,5	Angehörigkeit MO	
n	1.512	Ja	39,5
Interesse an türkischer Politik		Nein	60,5
Wenig	30,7	n	1.523
Mittel	35,4	Wahl bei der türkischen Parlamentswahl	
Stark	33,9	AKP	46,1
n	1.498	Andere Partei	31,6
Interesse an deutscher Politik		Keine Wahlteilnahme	22,3
Wenig	47	n	1.045
Mittel	33,4		
Stark	19,6		
n	1.502		

* Personen mit doppelter Staatsbürgerschaft wurden, wenn nicht ausdrücklich ausgewiesen, den deutschen Staatsbürger*innen zugeordnet.

Anhang 2: Logistische Regression Interesse an türkischer Politik

	Abhängige Variable Interesse an türkischer Politik (0 = Wenig/Mittel, 1 = Stark)	
	RK *	Sig.
Generation		
Erste (Referenz)		
Nachfolge	0,808	n.s.
Staatsbürgerschaft		
Türkisch (Referenz)		
Deutsch	0,735	n.s.
Angehörigkeit MO		
Ja (Referenz)		
Nein	0,708	n.s.
Akkulturation		
Gering	0,877	n.s.
Eher gering	0,925	n.s.
Eher hoch	0,937	n.s.
Hoch (Referenz)		
Platzierung		
Gering	0,353	* *
Eher gering	0,650	n.s.
Eher hoch	0,622	n.s.
Hoch (Referenz)		
Interaktion		
Gering	1,273	n.s.
Eher gering	0,732	n.s.
Eher hoch	1,014	n.s.
Hoch (Referenz)		
Identifikation/Heimat TR		
Nein (Referenzkategorie)		
Ja	1,208	n.s.
Wahrnehmung Partizipationsmöglichkeiten in D		
Gering	0,773	n.s.
Eher gering	0,526	n.s.
Eher hoch	0,410	n.s.
Hoch (Referenz)		
Pseudo R ² (Nagelkerke)	,097	
Anzahl	480	

* RK = Regressionskoeffizient (Exp.B).

Signifikanzniveaus: *** < 0,001, ** < 0,01, * < 0,05; n.s. = nicht signifikant.

Zusammenfassung: Grenzüberschreitenden politischen Orientierungen von Einwanderern wird oft mit Misstrauen begegnet. Interesse für das Herkunftsland wird als Zeichen mangelnder Loyalität zum Aufnahmeland gedeutet. In Deutschland wird dies an der Diskussion um die Türkeistämmigen deutlich, deren Engagement für Belange ihres Herkunftslands, insbesondere im Fall der Unterstützung des Erdoğan-Regimes, mit sozialer Desintegration und Demokratiedistanz in Verbindung gebracht wird. Zumindest werden grenzüberschreitende politische Interessen als Hinweis auf mangelnde politische Partizipation im Ankunftsland verstanden. Der wissenschaftliche Kenntnisstand zeichnet indessen ein anderes Bild als die öffentlichen Debatten, indem sich zum Beispiel zeigt, dass (nationale) Sozialintegration erst die Bedingungen für auch grenzüberschreitende politische Partizipation schafft. Der Beitrag beruht auf der Auswertung einer repräsentativen Befragung Türkeistämmiger in Deutschland aus dem Jahr 2017 und betrachtet die Einflüsse auf den Umfang und auf qualitative Aspekte (Parteineigung) ihrer grenzüberschreitenden politischen Orientierung. Im Ergebnis zeigt sich eine vom Prozess der Sozialintegration weitgehend unabhängige politische Orientierung in Richtung Türkei. Wenn überhaupt, begünstigt die Sozialintegration eher das Interesse an türkischer Politik. Sehr wohl aber konstituieren Sozialintegration, Identifikation, Staatsangehörigkeit und politische Partizipationsmöglichkeiten tendenziell unterschiedliche politische Interessengruppen.

Stichworte: Transnationalismus, Türkeistämmige, politische Partizipation, Sozialintegration, Deutschland

The transnational political orientation of immigrants from Turkey in Germany

Summary: The transnational political orientation and participation of immigrants are often distrusted; they are perceived as lacking loyalty towards the receiving society. This is especially true for Turkish immigrants in Germany; recent public discourses about their interest in politics abroad, and especially their sympathy for the Erdoğan-regime are seen as signs of social disintegration and failing to adopt democratic principles. If not a sign of social disintegration, transnational political orientations are understood at least as the flip side of missing political opportunities in the receiving country. Research on particular immigrant groups in specific institutional settings challenges these general assumptions. For example, assimilation can be used as a prerequisite for cross-border political action. Our own representative survey of Turkish migrants and their descendants, which was conducted in Germany in 2017, is used to examine the influences on the extent and quality of transnational political orientations. We assume that specific arrangements of assimilation, identity, citizenship and political participation constitute different cross-border orientations, but that there is no linearity between society inclusion and those orientations. Our analysis shows that these assumptions hold true for the Turkish community in Germany, while social and political integration in Germany promotes interest in Turkish politics rather than the opposite.

Keywords: transnationalism, Turkish immigration, political participation, assimilation, Germany

Autor*innen

Martina Sauer

Stiftung Zentrum für Türkeistudien und Integrationsforschung an der Universität Duisburg-Essen

Altendorfer Straße 3

45127 Essen

Tel. +49 201 3198–103

sauer@zfti.de

Dirk Halm

Stiftung Zentrum für Türkeistudien und Integrationsforschung an der Universität Duisburg-Essen

Altendorfer Straße 3

45127 Essen

Tel. +49 201 3198–302

halm@zfti.de